Energiekrise und Imperialismus (Serie) Seite 3

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 30, vom 27. Juli 1979 | 13. Jahrgang | 1 DM

Niederlage für USA-Imperialismus

Volksrevolution stürzt Somoza

Eine der blutigsten Diktaturen in Zentralamerika, das Somoza-Regime in Nicaragua, ist unter den bewaffneten Schlägen der vereinten Volksstreitkräfte zusammengebrochen. Der USA-Imperialismus, dessen Marionette Somoza war, mußte nach dem Verlust Vietnams und Persiens eine weitere Niederlage hinnehmen.

Der heldenhafte Kampf des Volkes von Nicaragua ist ein weiterer Beweis dafür, daß der Imperialismus selbst mit brutalsten Methoden des Völkermords nicht in der Lage ist, den revolutionären Befreiungskampf der unterdrückten Völker aufzuhalten. Obwohl die Nationalgarde Somozas in den letzten 52 Tagen des Bürgerkriegs noch ein furchtbares Blutbad (40000 Tote) unter der Bevölkerung anrichtete, war der Triumph des Volkes nicht mehr aufzuhalten.



Der verhaßte Diktator Somoza hat die Flucht ergriffen. Mit großer Begeisterung werden Einheiten der Volksstreitkräfte in Managua willkommen geheißen. Jetzt gilt es, die Einmischungsversuche der USA-Imperialisten konsequent zurückzuschlagen.

Der Sieg der Volksstreitkräfte in Nicaragua ist ein großer Ansporn für die übrigen unterdrückten Völker des Kontinents, die Angriffe auf die vom US-Kapital eingesetzten Militärdiktaturen zu verstärken. Er hat die militante Solidarität unter den Völkern Lateinamerikas gefestigt.

Doch die USA-Imperialisten denken nicht daran, sich mit ihrer Niederlage abzufinden. Sie unternehmen gegenwärtig große Anstrengungen, die provisorische Regierung unter ihren Einfluß zu bekommen. Dabei stützen sie sich vor allem auf Mitglieder der Regierung, die zu den Unternehmerverbänden gehören bzw. Vertreter der reichen Landwirte sind.

Im Kampf gegen Somoza haben sich breite Teile der Volksmassen bewaffnet. Die Marxisten-Leninisten und andere Revolutionäre haben sich in der „Bewegung der Volksaktion" (MAP) zusammengeschlossen, die inzwischen über eigene bewaffnete Einheiten verfügt. Das sind gute Voraussetzungen, den Sieg über Somoza zu verteidigen und den Kampf gegen den Imperialismus, vor allem den amerikanischen, siegreich zu Ende zu führen. (Siehe auch Seite 9: „Was ist los in Nicaragua?")

Endstation eines Düsenjäger-Tiefflugs: brennende, zertrümmerte Häuser im Gießener Ortsteil Wißmar am Mittwoch letzter Woche. Am gleichen Tag stürzte auch bei Iserlohn eine Militärmaschine über bewohntem Gebiet ab. Daß es in beiden Fällen nicht zu einer größeren Katastrophe kam, war nur dem Zufall zu verdanken. Die Bevölkerung indes nimmt die Bedrohung und Belästigung durch Militärmaschinen nicht länger hin. In Südwestdeutschland etwa haben die Proteste gegen die Tiefflüge die größten Ausmaße seit Existenz der NATO erreicht. „Luftgangster", „Rüpel", „Kriminelle am Steuerknüppel", „Rowdies" — mit diesen und ähnlichen Ausdrücken werden in Briefen an Behörden und Zeitungen die Piloten der Militärmaschinen bedacht. (Siehe auch die Berichte auf den Seiten 8 und 12)

Genfer Flüchtlingskonferenz

Weltweite Kampagne gegen Vietnam

Am Freitag, den 20 Juli begann in Genf die sogenannte Flüchtlingskonferenz, die eigens dazu inszeniert wurde, Vietnam vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu verurteilen, die imperialistischen Verbrechen am vietnamesischen Volk vergessen zu machen und Vietnam die alleinige Verantwortung für den Flüchtlingsstrom in die Schuhe zu schieben.

Das Flüchtlingsproblem ist Ausdruck der äußerst komplizierten Situation, die durch die fortgesetzte imperialistische Aggression gegen das vietnamesische Volk heraufbeschworen wurde. Eine ganze Generation von Vietnamesen wuchs im Bombenhagel der Franzosen, Amerikaner und Chinesen auf, um jetzt miterleben zu müssen, wie ihr im wahrsten Sinne des Wortes „in die Steinzeit zurückgebombtes" Land (so ein US-General) nun in schwerster Not auch noch wirtschaftlich stranguliert wird. Westdeutschland und China zum Beispiel stellten von heute auf morgen die wirtschaftliche Zusammenarbeit ein.

Diese Situation, in der Vietnam am Rande des Ruins und des Chaos steht, nutzen die Imperialisten und ihre Agenten aus, um einen Keil zwischen Regierung und Volk zu treiben. Das hat zur Folge, daß nicht nur Parteigänger des USA-Imperialismus und des chinesischen Sozialimperialismus das Land fluchtartig verlassen, sondern auch Hunderttausende von einfachen, orientierungslosen Menschen in die Massenhysterie hineingezogen werden.

So soll ein billiger Vorwand für weitere Aggressionsakte gegen Vietnam geschaffen werden; so soll eine Situation heraufbeschworen werden, in der die Imperialisten als Verteidiger der Menschenrechte weitere Anschläge gegen die Unabhängigkeit Vietnams planen. Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit ist aufgerufen, den schmutzigen Plänen der Imperialisten Vietnam gegenüber in den Arm zu fallen.

Drastische Preiserhöhungen in Ungarn

Der Würgegriff der kapitalistischen Krise wird auch in den Ländern des COMECON immer fester. In Ungarn nimmt die Inflation bereits riesige Ausmaße an. Einige Beispiele für Preiserhöhungen: Brot 50 Prozent; Mehl 36 Prozent; Fleisch 30 Prozent; Paprika 128 Prozent; Kohle 25 Prozent; Heizöl und Erdgas zwischen 20 und 30 Prozent; die Strompreise sind um 55 Prozent gestiegen. Insbesondere auf dem Energiesektor profitieren vor allem die sowjetischen Revisionisten von den Preiserhöhungen.

Strauß droht

„Wir werden dann den Gürtel enger schnallen müssen, wir werden uns auf bescheidenere Zukunftserwartungen einstellen müssen. Ich rede nicht von Blut, Schweiß und Tränen, dafür besteht kein Anlaß. Für Blut hoffentlich nie mehr, für Tränen möglichst nicht, aber etwas mehr Schweiß werden wir schon aufbieten müssen." Diese Worte lassen ahnen, was von einer Regierung Strauß zu erwarten ist.

Ludwig Renn ist tot

Am Samstag, den 21. Juli starb der bedeutende revolutionäre Schriftsteller Ludwig Renn im hohen Alter von 90 Jahren.



Die Teilnahme am ersten Weltkrieg — damals noch als kaiserlicher Offizier — machte ihn zum militanten Feind des imperialistischen Krieges. Er lernte den Marxismus kennen und wurde Kommunist. 1928 trat er in die KPD ein, wurde Mitherausgeber der „Linkskurve" und Sekretär des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Nachdem er 1935 aus Nazi-Deutschland fliehen konnte, wurde er Kommandeur des Thälmann-Bataillons und Stabschef der 11. Internationalen Brigade an der Seite der spanischen Völker gegen die Putschgenerale. 1947 ließ er sich in Ostberlin nieder.

Zu Renns bedeutendsten Büchern zählen „Krieg" (1928), „Adel im Untergang" (1944), „Meine Kindheit und Jugend" (1947). Bedeutung erlangte Ludwig Renn auch als Autor von Kinder- und Jugendbüchern. Auch in der DDR ist er seinen revolutionären Idealen stets treu geblieben.

Mit Ludwig Renn ist ein Begründer der proletarisch-revolutionären Literatur in Deutschland gestorben. Sein Werk wird immer lebendig bleiben.

Nachschlagsbewegung

Unternehmer fürchten spontane Streiks

Die Belegschaften der zwei Bremer Tageszeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten", die schon vor einigen Wochen für ein paar Stunden gestreikt hatten, konnten inzwischen einen Lohnnachschlag durchsetzen. Die außertariflichen Zulagen werden pro Mann und Monat von 5 bis 25 Mark angehoben.

Ungefähr 700 Arbeiter traten kürzlich in Ludwigsburg bei dem zum Thyssen-Konzern gehörenden Metallbetrieb Hüller Hille GmbH in einen Warnstreik. Sie fordern eine einmalige Sonderzahlung von 1 000 Mark.

Aus immer mehr Betrieben werden Nachschlagsforderungen der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper gemeldet. Beispielsweise stellte in der letzten Woche der IG-Metall-Vertrauenskörper der Firma Ortmann & Herbst in Hamburg die Forderung nach der Erhöhung von Lohn und Gehalt um 80 Pfennige pro Stunde bzw. 140 Mark im Monat für alle.

Unter dem Druck der Nachschlagsbewegung beschloß in der vergangenen Woche die Große Tarifkommission der IG Metall in Baden-Württemberg, beim Hauptvorstand der IGM die Kündigung aller Tarife über betriebliche Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt) zu beantragen. Der baden-württembergische Unternehmerpräsident Dürr äußerte dazu: „Eine Neuregelung müßte bundesweit gefunden werden."

Offensichtlich fürchten sich die Kapitalisten davor, daß die Arbeiter, ähnlich wie im September 1969, sich durch selbständige Streiks eine Lohnerhöhung holen. (Siehe auch S. 4)



Jeder Einkauf reißt wieder eine Lücke in die Finanzplanung der Arbeiterfamilie. Denn die Preise steigen und steigen. So geht es nicht weiter. Eine Lohnerhöhung muß her. Jetzt!

Kommentar

Verfassungsschutz gegen Arbeiter: „Modell Bremen“

Der Wirbel, den der Artikel verursachte, war groß: Dementis, Erklärungen, Pressekonferenzen, einstweilige Verfügungen. Doch alle Vertuschungsmanöver konnten die zutage geförderte Wahrheit nicht auslöschen: Daß nämlich das Bespitzelungs- und Überwachungssystem des Staates sich in erster Linie gegen die Masse der Werktätigen, gegen die Arbeiterklasse und ihre Vertreter in den Betrieben, gegen ihre Vorkämpfer und Wortführer richtet — und nicht gegen ein Häuflein irgendwelcher „Terroristen“.

Es ist die Rede von einem Artikel der Zeitschrift „Stern“ vom 19. Juli über die Praktiken des Bremer Verfassungsschutzes. Darin war enthüllt worden, daß der Verfassungsschutz seit Jahren Kandidaten und gewählte Betriebsräte von Großunternehmen erfaßt und deren Daten speichert. (Eine beziehungsreiche Einzelheit enthüllte die Zeitschrift am Rande: Einer der beiden Verfassungsschützer, die die Daten einspeichern, ist der stellvertretende Abteilungsleiter Rudi Stelljes. Stelljes wird „SS-Rudi“ genannt, weil er früher der Kriegsverbrecher-Einheit „Leibstandarte Adolf Hitler“ angehört hatte.)

Bremens Innensenator Fröhlich — angetreten, um den „Stern“-Bericht zu dementieren — bestätigte unfreiwillig nur die Richtigkeit der Vorwürfe. Er gestand ein, daß auch in Bremen das Landesamt für Verfassungsschutz seit Jahren in Zusammenarbeit mit den Konzernleitungen an der Überwachung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsmitgliedern beteiligt ist. „Bundeseinheitlich“ — so Fröhlich — würden „lebens- und verteidigungswichtige Betriebe sowie Großbetriebe, die das Amt für Verfassungsschutz angibt“, überwacht.

„Bundeseinheitlich“ wohlgemerkt! Damit gibt Fröhlich offen zu, daß die Praktiken des Bremer Verfassungsschutzes kein Einzelfall sind, daß das „Modell Bremen“ für die ganze Bundesrepublik Gültigkeit hat. Die Enthüllung jedoch kommt nicht überraschend. Vor einem Jahr etwa wurde schon bekannt, daß in Hamburg ein Datenverbund zwischen Verfassungsschutz und allen größeren Betrieben besteht. Die Personalchefs dort fragen bei allen Einstellungen nach, ob gegen den Bewerber etwas vorliegt, und informieren umgekehrt den Verfassungsschutz, wenn Kollegen im Betrieb als aktive Gewerkschafter oder wegen ihrer revolutionären Haltung auffallen.

Die zunehmende Überwachung der werktätigen Bevölkerung, die von den Verantwortlichen als Maßnahme im Kampf gegen den Terrorismus hingestellt wird, hat eine feste Rolle im Überlebensplan der Bourgeoisie. Die Kapitalisten und ihre Politiker sehen schwere Krisen auf sich zukommen; sie rechnen mit einer Zunahme der Streiks und Arbeiterdemonstrationen; sie erwarten verstärkte Klassenkämpfe, Unruhen, Aufstände. Und sie bereiten sich vor.

Mit ihren eigenen Gesetzen, Vorschriften und Erklärungen nehmen sie es dabei nicht so genau. So hielt — laut „Stern“ — der Bremer Verfassungsschutz Informationen über „Unschuldige“, die auf Wunsch des Bundeskriminalamtes gelöscht werden sollten, auf Mikrofilmen fest. Und das ganze Gerede von „Sozialpartnerschaft“, „Mitbestimmung“, „Demokratie am Arbeitsplatz“ — angesichts der Bespitzelungen erweist es sich als das, was es in Wirklichkeit auch ist: als leeres Wortgeklimper!

Die Zeit, wo die Gestapo in den Betrieben zusammen mit den Werksleitungen aktiven Gewerkschaftern, antifaschistischen und kommunistischen Arbeitern nachspürte, liegt mehr als 34 Jahre zurück. Aber die Anzeichen für das Wiederaufleben solcher Zustände mehren sich. Neben der Präsidentschaft eines Carstens und der Kanzlerkandidatur eines Strauß sind es die immer häufiger angewandte Aussperrung, das Verbot der DGB-Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Frankfurt, die Bespitzelung der Arbeiter in den Betrieben à la Bremen. Immer fühlbarer, hautnah rückt die Reaktion den Arbeitern auf den Leib. Sie läßt damit erkennen, daß ihr eigentliches Angriffsziel die Arbeiterklasse ist.

Für die Arbeiter gilt es, dies zu erkennen und sich dagegen zum Kampf zusammenzuschließen.

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

„Khomeini-Kommandos“ in Westdeutschland

Asyl für SAVAK-Agenten

„Islamische Revolutionstribunale jetzt auch in der Bundesrepublik!“ — Mit solchen Schlagzeilen ist in Westdeutschland die Hetzjagd gegen iranische Revolutionäre eingeleitet worden. In Hamburg wurden bereits acht persische Studenten verhaftet.

Als Anlaß für diese Hysterie dienen angebliche Übergriffe persischer Studenten auf ehemalige SAVAK-Agenten. Doch schon die Berichterstattung ist ziemlich unglaubwürdig. In Frankfurt — so hört man — sollen fünf Perser von Landsleuten in einem Studentenwohnheim festgehalten und verhört worden sein. Dann habe man sie im 13. Stockwerk eingesperrt, um sie später in den Iran zu bringen. Als nach einem „anonymen“ Anruf die Polizei das Wohnheim stürmte, fand sie die entführten Perser hinter unverschlossenen Türen. Sollten die angeblich so gerissenen und hinterhältigen Khomeini-Kommandos etwa vergessen haben, abzusperren?

Weitere nicht näher ausgeführte Meldungen kommen aus Krefeld, wo ein ehemaliger SAVAK-Agent sich bei einem Sprung aus dem Fenster das Rückgrat gebrochen hat. Auch das soll ein Werk der „Terror-Kommandos“ sein. Tatsache ist, daß die ehemaligen SAVAK-Agenten in Westdeutschland nicht mehr ruhig schlafen können, und das hat seinen guten Grund.

Im Februar 1977 schrieb die „Frankfurter Rundschau“ über die Geheimpolizei des Schah:

„Die Herrschaft der SAVAK ist nahezu absolut und nur begrenzt durch den Willen des Schahs. (...) Eine rege Tätigkeit soll der Dienst in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens entfalten sowie unter iranischen Studenten im Ausland, insbesondere in den USA und in der Bundesrepublik.“



Vom SAVAK verhaftete und abgeurteilte Patrioten. Zu diesen Szenen schwieg man in Bonn.

Ferner muß man wissen, daß jedem Iraner lebenslange Haft oder Todesstrafe drohte, der „im In- oder Ausland eine Gruppierung mit kollektivistischer Ideologie oder in Opposition zum verfassungsmäßigen monarchistischen Regime gründet oder mit derartigen Bewegungen zusammenarbeitet.“

So wurden insbesondere persische Studenten bespitzelt; bei Demonstrationen wurden Namenslisten angelegt und es kam nicht selten vor, daß sie von einem Heimaturlaub nicht mehr zurückkamen, weil sie aufgrund der Listen in den Kerkern der SAVAK verschwanden. Die Bundesregierung, die nach dem Sturz des Schahs plötzlich ihr Herz für bedrohte Perser entdeckt hat, duldete nicht nur das Denunziantentum, sie unterstützte es nach Kräften und machte sich so an unzähligen SAVAK-Morden mitschuldig. Der SPD-Abgeordnete Thüsing erklärte nach einem Iranbesuch: „Der Verfassungsschutz hat so getan, als sei der SAVAK eine Art Unterabteilung. Da reichte ein Anruf des SAVAK an den Verfassungsschutz, man möge doch eine Demonstration persischer Studenten fotografieren und die Teilnehmer feststellen, und schon war das gelaufen.“

Und dieselben Stellen, die der Komplizenschaft mit den Verbrechern der SAVAK überführt sind, fließen heute vor Mitleid über, wenn es den SAVAK-Agenten im Iran und anderswo an den Kragen geht.

Bei der nun wieder fälligen Hetze ist — wie sollte es anders sein — die Bild-Zeitung ganz vorne dabei. Chef-Kommentator Boenisch, einst glühender Schah-Verehrer, hat regelrechte Horror-Visionen; er spricht von „islamischen Jakobinern“, die ihr „Schlachtfest nicht nur in Persien veranstalten“; von „Hinrichtungstourismus auf Staatskosten“. Nach Kräften schürt er rassistische Vorurteile und fordert unverhohlen ein verschärftes Ausländerrecht. Im Rundumschlag ortet er gleich 70000 ausländische Extremisten in unserem Land, die gefälligst abgeschoben werden müssen.

Das eigentliche Ziel dieser widerwärtigen Hetze ist, einen noch schärferen Kurs der Faschisierung hier in Westdeutschland durchzusetzen. Denn die Abrechnung mit den Folterknechten des Schahs wird auch bei ihnen geheime Ängste wecken.

SPD-Landesparteitag in Fellbach

Eppler wirbt um „Grüne“ und „Bunte“

Als am 15. Juli der Landesparteitag der Sozialdemokraten Baden-Württembergs zu Ende ging, hatten die Delegierten mit großer Mehrheit einen Leitantrag des Landesvorstandes unter Eppler verabschiedet, der sich von der offiziellen Energiepolitik von Schmidt und Lambsdorff abgrenzt.

Der Parteitag verlangte, „daß keine weiteren Kernkraftwerke errichtet werden“ und daß die Bundesrepublik „auf lange Sicht ohne Kernkraft auskommt“. Anträge nach Stillegung aller Atomkraftwerke wurden genauso zurückgewiesen wie der Antrag des Forschungsministers Hauff auf stärkere Befürwortung der Atomenergie.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß es in den Reihen der SPD sicherlich Kräfte gibt, die ehrlichen Herzens gegen das Bonner Atomprogramm kämpfen wollen, muß man diesen Parteitagsbeschluß in erster Linie unter wahltaktischen Gesichtspunkten sehen. Die SPD hat die Stimmengewinne der „Grünen“ und „Bunten“ mit großer Besorgnis verfolgt, weil sie fürchtet, dadurch Wähler zu verlieren. So ist es nur folgerichtig, wenn prominente SPD-Linke wie Eppler ihre Propaganda auf diese Wählerschichten ausrichten.

Gerade in der gegenwärtigen Situation ist damit zu rechnen, daß breite Teile der „Grünen“ und „Bunten“ angesichts des sich verschärfenden Klassenkampfes, der wachsenden politischen Unterdrückung ihren Unmut gegen „die bürgerlichen Parteien an sich“ einstellen werden, um unter dem Vorwand des Kampfes gegen Strauß unter die schützenden Fittiche des „kleineren Übels“, der SPD zu flüchten. Die Jusos, Eppler und andere SPD-Linke wollen es ihnen so einfach wie möglich machen.

Schon heute ist abzusehen, daß die Bourgeoisie und ihre Vertreter in den Reihen der Werktätigen den Kampf gegen Strauß, Reaktion, Faschismus und Krieg in für sie ungefährliche Bahnen lenken will. Sie wird die Methode anwenden, den Protest auf die Person Strauß zu begrenzen und als Alternative die SPD als „kleineres ' bel“ anpreisen.

Bonner Politiker zum 20. Juli

Im Heucheln sind sie groß

Wer stand hinter der Juli-Verschwörung?

Am 20. Juli, dem 35. Jahrestag des Attentatsversuchs von Oberst Stauffenberg auf Adolf Hitler, bemühten sich die westdeutschen Staatslenker wie stets, sich in den Glanz der antifaschistischen Tradition zu stellen.

Der Kanzlerkandidat und amtierende Ministerpräsident Franz Josef Strauß erklärte den Jahrestag zu einem Vermächtnis, „dem wir uns stets verpflichtet wissen“. Dieser Strauß war, um mit Bernt Engelmann zu sprechen, „ ‚weltanschaulicher Referent‘ einer Münchener Gliederung der Nazipartei, später ‚Offizier für wehrgeistige Führung‘. **Und wer sonst als die Propagandisten der Nazi-Ideologie hat den Weg bereitet, der zu Krieg, Rassenwahn und Völkermord geführt hat?**

Bundeskanzler Schmidt bezeichnete die Männer und Frauen des 20. Juli als Vertreter des „eigentlichen, des anständigen Deutschlands“. Ob er auch schon so gedacht hat, als er als Zuschauer den Schauprozess gegen die Verschwörer beobachtete?

Als führende Vertreter der Deutschen Bundesrepublik, die heute wieder zu den reaktionärsten Ländern Westeuropas zählt, haben diese Politiker nicht das geringste Recht, sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstands zu stellen.

Trotzdem verdient es Beachtung, daß sich die Bonner Herren ausschließlich auf die Verschwörer des 20. Juli berufen.

Graf Stauffenberg war ohne Zweifel ein patriotischer deutscher Offizier, der die Verbrechen des Hitler-Regimes abgrundtief haßte. Mit den Hintermännern sieht es allerdings schon anders aus. Die wichtigsten Drahtzieher des Putsches waren Männer, zumeist Offiziere der alten Schule, die sich zu der sogenannten Goerdeler-Gruppe zusammengeschlossen hatten. Ihr Programm war, kurz gesagt, Hitler zu beseitigen und die Nazi-Herrschaft durch eine Militärdiktatur zu ersetzen, um unter taktisch besseren Bedingungen das Hauptziel der deutschen Imperialisten zu verwirklichen: die Zerschlagung der Sowjetunion Stalins. Um dieses Ziel zu erreichen, wollten sie nach einem geglückten Putsch einen Separatfrieden mit dem Westen schließen.

Grob gesagt hatten sie dieselben Ziel wie das Nachkriegsregime Adenauers, und es fällt deshalb den Bonner Politikern nicht sonderlich schwer, sich in die Tradition dieser imperialistischen Ziele zu stellen. Doch mit dem wirklichen Widerstand gegen Hitler und seine Hintermänner, die Krupp und Thyssen, haben Strauß und Schmidt so wenig zu tun wie ihre politischen Ahnen, die Goerdeler-Gruppe.

Bonn:

Afghanische Studenten im Hungerstreik

Seit dem 9. Juli protestieren 14 afghanische Studenten mit einem Hungerstreik gegen das Taraki-Regime in Afghanistan und die Schikanen durch die afghanische Botschaft in Westdeutschland. Das Taraki-Regime, das ein Satellit Moskaus ist, unterdrückt blutig die afghanische Bevölkerung und sucht ihre zunehmenden Kämpfe mit Verhaftungen, Folterungen, Erschießungen, Massenmord und Bombardierung von Städten und Dörfern niederzuschlagen.

Im Ausland — darunter in der Bundesrepublik — sucht das Taraki-Regime über seine Botschaften fortschrittliche Afghanen unter Druck zu setzen. So verlängert die hiesige Botschaft die Pässe fortschrittlicher Afghanen überhaupt nicht oder nur für drei Monate. 25 fortschrittliche afghanische Studenten erhielten sogar nur ein Ausweispapier mit der Aufforderung, nach zwei Monaten in ihre Heimat zurückzukehren. Ihre Pässe wurden einbehalten. Eine Abschiebung nach Afghanistan würde für die Studenten den Tod bedeuten.

Zitat der Woche

„Das Konzept einer reinen ‚Arbeiterzeitung‘ ist unserer Meinung nach eine ökonomistische Kapitulation vor der Aufgabe, für eine politische Strategie zu wirken, die nicht nur ein Konzept der Volkseinheit beinhaltet, sondern auch in Rechnung stellt, daß es starke Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung von Klassenbewußtsein und der klassenspezifischen Verteilung unmittelbarer politischer Bewegung gibt.“

„Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD (GRF) Nr. 29 Jg. 1979

Rohstoffe: Verwendung und Vorkommen

Die Konsequenzen der überall beschworenen Energiekrise sind unterschiedlich. Die Arbeiterklasse, die werktätige Bevölkerung zahlt. Das Geld wird knapp, die ersten Autos müssen verkauft werden. Aber auch

Serie
Energiekrise und Imperialismus

Erdgas, Kohle und Strom werden teurer, nicht nur Benzin und Heizöl. Und alle anderen Waren — unter Berufung auf gestiegene Energiepreise. In den Vorstandsetagen der Energiekonzerne dagegen strahlen die Gesichter sicherlich. Die Monopole verdienen Abermilliarden, machen Traumprofite.

Deshalb muß man die Frage stellen, ob es wirklich eine Krise der Energieversorgung gibt, oder ob dies eine gemachte, aus den Entwicklungsbedingungen des Imperialismus entstandene Krise ist.

Der „Rote Morgen" wird in einer Serie die Position der KPD/ML zu dieser Entwicklung darstellen.

Der Ölhafen von Rotterdam: Während die Monopole über die Ölknappheit jammern, sind ihre Tanks in Wirklichkeit randvoll.

Wenn von Energierohstoffmangel die Rede ist, muß man zuerst einmal klären, um was für Rohstoffe es sich dabei handelt.

Im wesentlichen bestimmen heute fünf Energieträger die Energieerzeugung der ganzen Welt.

Im Jahre 1976 wurden weltweit 6433 Millionen Tonnen Öleinheiten (ein Maß, bei dem andere Brennstoffe auf die Ergiebigkeit von Öl umgerechnet werden, ähnlich wie bei Steinkohleeinheiten) an Energierohstoffen verbraucht. Davon lieferte Erdöl 2879 Millionen Tonnen (45 Prozent), Kohle 1941 Millionen Tonnen (30 Prozent), Erdgas 1143 Millionen Tonnen (18 Prozent). Wasserkraft mit 368 Millionen Tonnen und Kernkraft mit 102 Millionen Tonnen lieferten den Rest. Seitdem ist der Verbrauch an Erdöl, Erdgas und Kernkraft weiter gestiegen, der von Kohle und Wasserkraft weiter gefallen. 1978 wurden erstmals mehr als 3000 Millionen Tonnen Erdöl verbraucht.

Hatten sich die großen Ölkonzerne in den letzten Jahren regelmäßig über Absatzschwierigkeiten für Rohöl beklagt und kein Wort darüber verloren, daß sie bereits 1973 die große Krise ausgerufen hatten, so hat sich dies nach dem Sturz des Schahs des Iran schlagartig geändert. Plötzlich ist angeblich alles knapp, gibt es nur noch für 30 Jahre Erdöl, ist es so schwierig, Kohle zu fördern und zu verarbeiten, wird eine allgemeine Hysterie geschürt.

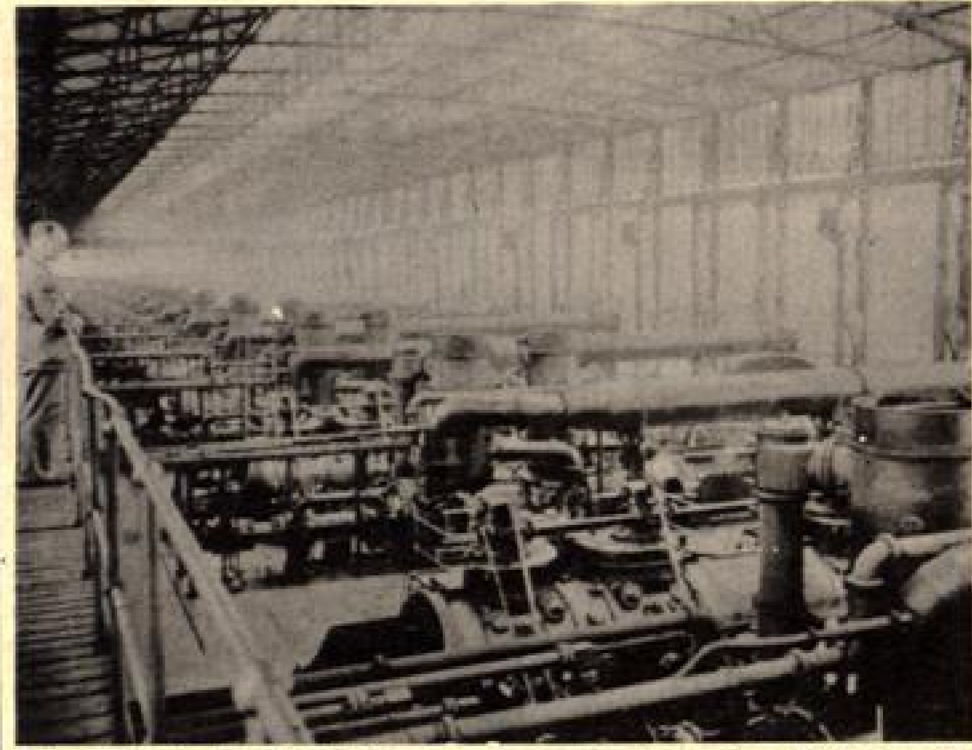
Tatsache aber ist, daß alle wichtigen Energieträgerstoffe der Welt in enormen Mengen vorhanden sind.

Rohstoffe — Profitquelle

Die Erdölforschung, die ausschließlich von den Ölmonopolen betrieben wird, ist ein deutliches Beispiel dafür, daß Suche, Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen nur unter einem Gesichtspunkt gesehen werden: den maximalen Profit einzufahren.

Heute wird in allen Veröffentlichungen mit der Zahl von 90 Milliarden Tonnen Erdöl gearbeitet, die erwiesene Reserven seien. So gerechnet, reicht Erdöl gerade noch für 30 Jahre, ist es ein knapper Rohstoff. Das ist aber die Sprache und Rechnung der Ölmonopole. Erwiesene Reserven sind bei ihren Berechnungen lediglich diejenigen, die wirtschaftlich, und das heißt profitabel, förderbar sind. So schlagen sie den Vorräten noch 60 Milliarden Tonnen an bekannten Reserven zu, die erst förderbar werden, wenn sich der Preis für Erdöl erhöht, wie sie offen zugeben.

„Einem Privatunternehmen bedeutet es nichts, wenn jemand sagt, daß ein großer Bedarf an Öl besteht. Man braucht einen Anreiz. Wenn sich herausstellt, daß Phosphatgestein rentabler ist, werden wir unser Geld da hineinstecken." So spricht John Dorgan, Vizepräsident der Occidental Oil Company.



Obwohl die industrielle Benzingewinnung aus Kohle seit Jahrzehnten möglich ist...

Die erwiesenen Reserven betragen — laut Ölmultis — schon seit Jahrzehnten immer die Verbrauchsmenge von 20 bis 30 Jahren. Die Schätzungen der UNO über die Totalerdölreserve der Welt, die von einer Analyse der Häufigkeit der entsprechenden Sedimentgesteine ausgehen und etwa 500 Milliarden Tonnen betragen, werden von den Ölmultis nicht nur ignoriert, sondern ständig mit Gegengutachten bombardiert.

Die Profitjagd der Ölmonopole führt dazu, daß sie nur 20 Prozent aller fündigen Probebohrungen auch ausnutzen, weil die anderen unwirtschaftlich seien. Von den erschlossenen Ölfeldern werden in der Regel nur zwischen 30 und 40 Prozent des enthaltenen Öls gefördert. Die Monopole weigern sich, die Techniken der Zweitförderung (wenn der natürliche oder der Pumpendruck nicht mehr ausreichen) anzuwenden, da diese zu kostspielig seien. Auch die Zahl der Suchbohrungen wurde reduziert: im amerikanisch-karibischen Raum von 16000 im Jahr 1956 auf 7000 im Jahr 1971.

Der Grund liegt darin, daß das Mittelostöl das billigste ist. Der natürliche Druck der Ölfelder des Mittleren Ostens ist so hoch, daß ohne Einsatz von Pumpen über 50 Prozent des Inhalts eines Ölfeldes gefördert werden kann. Lange Jahre hindurch betrugen die Kosten samt Abgaben an die Ölscheichs nur ein Zehntel von denen der USA-Förderung, nach der der Preis gemacht wurde.

Nach Berechnungen der „National and Grindlays" Bank von London betrugen 1971 die Produktionskosten von Öl 1,3 Prozent des Endpreises, die Abgaben an die Ölscheichs 14,6 Prozent. Heute, nach der letzten Preiserhöhung, machen diese beiden Kosten zusammen 23 Prozent des Endpreises aus.

Auf diese Weise kamen allein die fünf größten amerikanischen Ölgesellschaften in den letzten fünf Jahren zu einem Profit von 45 Milliarden Dollar.

Beim Erdgas sind die Verhältnisse ähnlich. Die „erwiesenen Reserven" betragen rund 53000 Milliarden Kubikmeter. Aber auch das sind Zahlen der Ölmultis, die auch das Erdgasgeschäft beherrschen. Diese Zahlen würden eine Reserve von 35 Jahren bedeuten. Aber auch hier gibt es Schätzungen, die wesentlich höher liegen, gibt es alle die Praktiken der Multis wie auch beim Erdöl.

Energie für tausend Jahre — Kohle

Der größte Rohstoffvorrat der Welt aber ist die Kohle. Die totalen Steinkohlereserven der Welt liegen, laut „UNO Statistical Yearbook 1970" bei 6641 Milliarden Tonnen. Seitdem wurden fast 2000 Milliarden Tonnen neu entdeckt! Die Braunkohlereserven der Welt liegen bei über 3000 Milliarden Tonnen. Insgesamt machen die Kohlevorkommen der Welt fast 88 Prozent der Weltenergierohstoffe aus. Bei einer Weltjahresförderung von 2,1 Milliarden Tonnen Steinkohle 1978 (das sind 30 Prozent des Rohstoffeinsatzes) würden diese Vorräte, selbst bei totaler Umstellung auf Steinkohle, über 1000 Jahre reichen.

Die Methoden der Erforschung von Kohlelagerstätten sind einfacher als die Suche nach Erdöl, die Techniken der Kohleverflüssigung und Kohlevergasung sind seit Jahrzehnten bekannt und stehen heute in jedem Schulbuch. Der Grund für den ständigen Rückgang des Kohleeinsatzes bei der Energieerzeugung kann also weder in technischen noch in physikalischen Schwierigkeiten irgendeiner Art liegen.

Der Feldzug gegen die Kohle

Einigermaßen konstant wird Kohle nur noch in jenen westlich-kapitalistischen Ländern abgebaut und verwendet, wo der Tagebau möglich ist. In den USA liefert Erdöl 44 Prozent, Erdgas 31 Prozent und Kohle 21 Prozent des Energiebedarfs, wobei fast drei Viertel aus Tagebaukohle geliefert wird.

Der Kohleabbau über Tage bringt ein Ergebnis von 90 Kilo Kohle je investierten Dollar, unter Tage erbringt ein Dollar nur 50 Kilo Kohle.

Das ist der Grund, weshalb in fast allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern seit 25 Jahren Kohlezechen zu Tausenden geschlossen und Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet wurden. In den USA, in England und in der Bundesrepublik waren die Auswirkungen dieser Strategie der Monopole am deutlichsten. Mit dem National Coal Board in England und der Ruhrkohle AG in der Bundesrepublik wurde der Zechenbergbau auf Kosten der werktätigen Massen beschränkt und saniert, in den USA hielten sich nur private Tagebaugesellschaften und die Bergwerke in den Appalachen.

In zahlreichen Ländern der ganzen Welt haben sich die Ölmonopole in die Kohlewirtschaft eingekauft und sich massiv an der Schließungskampagne beteiligt. Vor allem in USA, Kanada, Australien, aber auch in Westeuropa. Jetzt, wo der Ölpreis immer höher getrieben wird, und somit die Möglichkeit wächst, auch Kohle teurer zu verkaufen und wieder große Profite zu erzielen, jetzt beginnen auch die großen Ölmonopole zu planen, die Kohleförderung wieder aufzunehmen. Die Exxon beispielsweise verfügt allein über Kohleförderungskapazitäten von über 50 Millionen Tonnen jährlich, halb soviel wie die ganze Bundesrepublik.

Die Profitjagd der Ölmultis hat auch dazu geführt, daß nach solchen Energievorräten wie Ölschiefer oder Teersänden bisher kaum geforscht wurde, obwohl hier große zusätzliche Reserven bestehen. Die Ölmultis haben aber auch hier den Großteil der Konzessionen, kommandieren auch hier die Suchtrupps. Und sie werden auch hier bestimmen, wann diese Rohstoffe in größerem Maße eingesetzt werden. Dann nämlich, wenn sie so teuer verkauft werden können, daß derselbe Profit wie beim Öl zu erzielen ist.

Wettlauf zum Atom

Der beschränkteste Vorrat an Reserven zur Energieerzeugung besteht ohne Zweifel im Uran 235, dem Grundstoff der Atomkraftwerke. Bisher sind Vorräte von rund 2,5 Millionen Tonnen bekannt. Wenn man auch davon ausgehen kann, daß auch hier noch größere unbekannte Reserven bestehen, so wird doch schnell klar, daß das Argument, Kernenergie sei auf lange Zeiten ein sicherer Vorrat, einfach eine Propagandalüge ist. Die bekannten Vorräte reichen für ca. 20 Jahre, nicht mehr. Selbst wenn diese Zahl auf hundert steigen würde, ist es nie vergleichbar mit der Kohle.

Die Kernenergie muß daher, wenn sie überhaupt irgendeine innere Logik haben soll, notwendigerweise auf den Schnellen Brüter abzielen, der bis heute noch nicht einmal technisch verwirklicht und von der Betriebssicherheit her völlig unberechenbar ist. Aber der Grund ist ja auch hier nicht die Sicherung der Energieversorgung, sondern der Profit. Und Kernkraft ist heute, zusammen mit dem Öl, die profitträchtigste Energiequelle. An dem Bau eines Kernkraftwerks läßt sich im Durchschnitt eine halbe Milliarde Mark verdienen. Grund genug für die Monopole, den Bau von Kernkraftwerken für unumgänglich zu halten.

Bezeichnend dabei ist, daß auch hinter den größten Monopolen, die den Kernkraftwerksbau betreiben, dieselben Finanzgruppen stehen, die auch die Herrschaft über die amerikanischen Ölmonopole haben. Noch nie stand im Mittelpunkt der Energiewirtschaft die Sicherung der Versorgung, sondern stets der Profit der Monopole. Das ist ihr Maßstab, ob sie einen Rohstoff verwenden oder für unnütz erklären.



...lassen die Herren der Energiemonopole auf dem Höhepunkt der Energiekrisenpropaganda weiter Kohlenzechen schließen. Hier am 29.6.79 die Zeche Waltrop

Die entscheidende Rolle in der Welt, mit Ausnahme des Herrschaftsgebiets der Sowjetimperialisten, spielten und spielen dabei die angloamerikanischen Ölmonopole, die wir in der nächsten Folge genauer untersuchen werden.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Bürgermeister von Rüsselsheim betreibt faschistische Ausländerhetze

Schluß mit der Hetze gegen die türkischen Arbeiter!

In der Opel-Stadt Rüsselsheim leben und arbeiten Tausende von türkischen Kollegen. Die Opel-Bosse haben sie geholt und pressen dicken Profit aus ihrer Arbeitskraft. Arbeiten sollen sie hart, die türkischen Kollegen. Aber eine menschenwürdige Behandlung soll ihnen nach der Meinung der Opel-Bosse und der Rüsselsheimer Stadt-Oberen nicht zustehen. Vor kurzem inszenierten die Herren eine üble, widerliche Verleumdungs- und Hetzpropaganda gegen den türkischen Teil der Arbeiterschaft von Rüsselsheim.

Initiator der Hetzkampagne ist der Magistrat der Stadt Rüsselsheim mit Bürgermeister Dr. Storsberg (SPD) an der Spitze. Da wurde eine sogenannte Debatte abgehalten, auf der die türkischen Kollegen als gewalttätige Untermenschen hingestellt wurden. Gleichzeitig wurde ein schriller Ruf nach „Ruhe und Ordnung" losgelassen. Die Tageszeitung „Rüsselsheimer Echo" sorgte dafür, daß die gemeinen volksverhetzenden Ausfälle unter das Publikum gebracht wurden. Unter der Überschrift „5 500 Türken sind zuviel für Rüsselsheim" erschien ein entsprechender Hetzartikel im „Rüsselsheimer Echo", der mit folgenden provokatiorischen Worten beginnt:

„Dem Treiben der Türken will der Magistrat nicht länger tatenlos zusehen. Auf diesen griffigen Nenner läßt sich das Ergebnis einer ausgedehnten Debatte bringen, die gestern im Zusammenhang mit Vorfällen um die jüngsten Türken-Versammlungen und -Ausschreitungen in Rüsselsheim geführt wurde."

Von welchen „Ausschreitungen" ist hier die Rede? Es handelt sich um Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und faschistischen Provokateuren von der berüchtigten Terrororganisation „Graue Wölfe". Die „Grauen Wölfe" haben sich in der Türkei durch grauenhafte Massaker und zahlreiche Morde an politischen Gegnern und Antifaschisten hervorgetan.

Der Magistrat und die Polizei halten es nicht für nötig, gegen das Auftreten dieser Banditen in Rüsselsheim einzuschreiten. Sie haben nichts dagegen unternommen, daß sie ihre faschistische Hetzpropaganda verbreiten und die türkischen Antifaschisten und Arbeiter einzuschüchtern versuchen (beispielsweise Überfälle auf offener Straße). Daß die politisch bewußten, antifaschistisch engagierten türkischen Arbeiter vor diesem braunen Pack und ihren Drohungen nicht zurückweichen, sondern den Kampf gegen ihr Treiben aufnahmen, kann man nur begrüßen. Sollten die Kollegen etwa tatenlos zusehen, wie das Faschistengesindel ein Klima der Furcht und des Terrors in Rüsselsheim erzeugt?

Aber genau dieser notwendige Widerstand der klassenbewußten und antifaschistischen türkischen Kollegen, der auch die Solidarität fortschrittlicher deutscher Kollegen fand (nicht zuletzt die Revolutionäre Gewerkschafts Opposition (RGÖ) setzt sich für diese Solidarität ein), war für die Obrigkeit und die Polizei in Rüsselsheim der Anlaß, eine „Türkenfrage" auszubrüten und demagogisch nach ihrer „Lösung" zu schreien.

Und was der Herr Bürgermeister und seine Nachäffer da an Hetze loslassen, wie sie versuchen, primitive Instinkte und Vorurteile zu schüren, indem sie die türkischen Arbeiter als moralisch minderwertig, als gemeingefährliche Subjekte verleumden, das erinnert an die rassistische Volksverhetzung, wie die Nazipropaganda sie systematisch betrieben hat. Dazu einige Kostproben aus dem erwähnten Artikel im „Rüsselsheimer Echo":

„Nach eigenem Bekunden erreichen Dr. Storsberg immer wieder Beschwerden von Frauen, die im Park oder sogar auf dem Wochenmarkt belästigt wurden. Wir müssen darauf dringen, daß sie sich den Lebensformen ihrer gewählten Umgebung anpassen und Rücksicht darauf nehmen, daß hier ein anderes Verhältnis zwischen Männern und Frauen herrscht, als in ihrer islamischen Heimat!"

Und der Hetzartikel im Rüsselsheimer Echo schließt mit einem weiteren Zitat des sauberen Bürgermeisters und SPD-Politikers Dr. Storsberg:

„Und wir müssen aufpassen, daß Veranstaltungen in unseren Räumen zu solchen Problematiken [politische Probleme — RM] nicht in tätlichen Auseinandersetzungen münden", meint Dr. Storsberg, der weiß, daß die Türken Messer mit sich herumschleppen, „mit denen man mit einem Schlag den Kopf abtrennen kann!"

Sind diese Äußerungen des Herrn Storsberg eigentlich nicht schon Grund genug, seinen sofortigen Rücktritt als Bürgermeister zu fordern? Ein solcher Bürgermeister ist nicht nur eine Zumutung für die ausländischen Bürger von Rüsselsheim, sondern auch für die deutschen Rüsselsheimer.

Es ist ein trauriges Kapitel, daß von den zuständigen Stellen der Gewerkschaft, z.B. von der Verwaltungsstelle der IG Metall und ebenso vom Vorsitzenden des Opel-Betriebsrates Heller, mit keinem einzigen Wort der niederträchtigen Hetze gegen die türkischen Kollegen entgegengetreten wurde. Der einzige Arbeitervertreter im Rüsselsheimer Opelwerk, der gegen die Hetze und Verleumdung der Ausländer seine Stimme erhob, ist der türkische RGO-Betriebsrat Atila Özgüç. Nebenstehend veröffentlichen wir Auszüge aus einem offenen Brief an Bürgermeister Storsberg, den Kollege Özgüç verfaßt hat.



„Im Dritten Reich waren es Juden und Zigeuner..."

Aus dem offenen Brief des RGO-Betriebsrats Atila Özgüç

Sehr geehrter Herr Dr. Storsberg!

(...) Ich bin erschüttert und empört über das Ausmaß der Hetze, die hier von Ihnen gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betrieben wird. Die Diskriminierung meiner Landsleute hat, soweit ich über deutsche Geschichte informiert bin, eine unrühmliche Vergangenheit. Im Dritten Reich waren es Juden und Zigeuner, die als Untermenschen behandelt wurden und dann ein grauenhaftes Ende in den faschistischen Konzentrationslagern fanden. (...)

Sie sprechen immer wieder unterschiedslos von sogenannten „rivalisierenden Gruppen". Damit stellen Sie Faschisten und die, die sich gegen Faschisten wehren, auf dieselbe Stufe. Die gleiche Begründung diente am 16. Juli Oberbürgermeister Wallmann in Frankfurt dazu, DGB-Kundgebung und NPD-Aufmarsch gleichzeitig zu verbieten. (...)

Sie und der Magistrat kündigen an, daß sie in Zukunft Veranstaltungen von Kollegen aus der Türkei, wie mir bekannt wurde sogar Hochzeitsfeiern meiner Landsleute, scharf kontrollieren lassen wollen. Wie das konkret aussieht, konnte man bei der Veranstaltung einer linksgerichteten Organisation am 9. Juni in der Stadthalle sehen; sämtliche 300 Teilnehmer mußten sich einer entwürdigenden Leibesvisitation unterziehen. Das sind Polizeistaatsmethoden, gegen die ich im Namen meiner Landsleute schärfstens protestiere.

Ganz besonders diskriminierend werden ihre Äußerungen über das moralische Verhalten meiner Landsleute deutschen Frauen gegenüber. Sie wissen ganz genau, daß ihre Bemerkung (...) von den allermeisten so verstanden wird: Vorsicht Türke! Statt einem schon bestehenden Vorurteil entgegenzutreten, hauen Sie noch in die gleiche Kerbe. (...)

Geradezu absurd wird es, wenn sie verbreiten lassen, daß „die Türken Messer mit sich herumschleppen, mit denen man mit einem Schlag den Kopf abtrennen kann". Glauben sie denn, daß meine Landsleute im Wilden Westen großgeworden sind? Waffen, Messer und Pistolen wurden an dem Tag, als der Faschist Türkes in Rüsselsheim auftreten sollte, von der Polizei bei den MHP-Faschisten („Graue Wölfe" — RM) gefunden. Über diese faschistische Organisation verlieren Sie allerdings kein einziges Wort.

Nur Ausfluß faschistoider Gehirne?

Ist die Hetze gegen die türkischen Arbeiter von Rüsselsheim nur Ausfluß einiger verrotteter faschistoider Gehirne? Nein! Dahinter stehen bewußte politische Motive und Absichten. Man muß die skandalösen Vorgänge im Magistrat von Rüsselsheim auf dem Hintergrund der sozialen und politischen Situation der Opel-Stadt sehen.

Weltweit verschärft sich momentan der Konkurrenzkampf zwischen den Automobilkonzernen. Scharfe Rationalisierungsmaßnahmen, Entlassungen, verschärfte Ausbeutung der Arbeiter werden vorbereitet. Und es zeichnet sich langsam aber sicher ab, daß der gegenwärtige fieberhafte Boom in der Automobilbranche umschlägt in eine schwere Krise, in der massive Überkapazitäten durch Stillegungen und Massenentlassungen bereinigt werden sollen.

Storsberg und Konsorten bereiten sich im Bunde mit den Opel-Bossen auf zu erwartende Kämpfe der Arbeiter um ihre Rechte vor. Und sie vermuten, daß die türkischen Arbeiter, die in Rüsselsheim eine große Gruppe ausmachen, sich als ausgesprochen kampfentschlossener und klassenbewußter Teil der Opelarbeiter erweisen werden. Deshalb versuchen sie, die türkischen Kollegen einzuschüchtern und sie gleichzeitig in eine Ghettosituation zu drängen. Man geht in Magistratskreisen davon aus, daß man in Zukunft ohne brutale Polizeieinsätze gegen die türkischen Arbeiter die in der Krise benötigte Friedhofsruhe nicht herstellen kann. Dafür wollen die Herren ein entsprechendes Klima erzeugen.

Nicht zuletzt möchten die Herren nach dem altbewährten Prinzip „Teile und Herrsche" einen Keil zwischen den deutschen und den türkischen Teil der Arbeiterschaft von Rüsselsheim treiben. Der Gedanke an eine geschlossene Kampffront der deutschen und ausländischen Arbeiter bereitet ihnen heftiges Unbehagen.

Kündigung der Tarife für Betriebliche Sonderzahlungen?

Kein hartes Nein des Unternehmerchefs

Vor kurzem noch hatte sich IGM-Vorsitzender Loderer — sehr zur Freude der Kapitalisten — gegen einen Nachschlag ausgesprochen. Da mochte Adolf Schmidt, der als besonders reaktionär bekannte Vorsitzende der IG Bergbau und Energie,nicht zurückstehen. Am vergangenen Freitag reihte er sich gegenüber der Presseagentur dpa in die arbeiterfeindliche Front der Nachschlagsgegner ein. Zu einem anderen Ergebnis führte dagegen die Sitzung der Großen Tarifkommission der baden-württembergischen IG Metall.

Nach heftigen Diskussionen wurde mit großer Mehrheit beschlossen, beim Hauptvorstand der IG Metall die Kündigung der Tarife über „Betriebliche Sonderzahlungen" zu beantragen. Dieser Beschluß ist ein Ergebnis des wachsenden Drucks, der aus den Betrieben und von der gewerkschaftlichen Basis kommt. Das Gespenst einer Welle selbständiger („wilder") Streiks, einer machtvollen Lohnbewegung, ähnlich wie im September 1969, als die DGB-Führung das Heft nicht mehr in der Hand hatte, schreckt sowohl die Kapitalisten als auch die DGB-Führung.

Der gültige Tarifvertrag über „Betriebliche Sonderzahlungen (Teil eines 13. Monatseinkommens)" in der Metallindustrie Baden-Württembergs ist seit 1. 1. 1977 in Kraft. Er ist jeden Monat kündbar. Bereits in der letzten Metalltarifrunde hatte.man in der Großen Tarifkommission erwogen, ob man diesen Tarif mitkündigen solle. Wie das „Handelsblatt" es ausdrückt, „entschloß man sich, die Sonderzahlungen sozusagen ‚aufzusparen'".

Nach dem gültigen Tarifvertrag (in den anderen Tarifbezirken bestehen Tarifverträge mit ähnlichem Inhalt) werden an die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie Sonderleistungen, die auch als 13. Monatsgehalt bezeichnet werden, nach folgender Staffelung gezahlt:

Nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit 20 Prozent, nach 12 Monaten 30 Prozent, nach 24 Monaten 40 Prozent und nach 36 Monaten 50 Prozent eines Monatsverdienstes. Dabei liegt als Berechnungsgrundlage der durchschnittliche Stundenverdienst der letzten zwei abgerechneten Lohnperioden, mindestens aber von sechs Wochen, multipliziert mit dem Faktor 173,33 zugrunde. Bei den Angestellten das durchschnittliche Monatseinkommen der letzten drei abgerechneten Gehaltsperioden, jedoch ohne Auslösung und ähnliche Zahlungen.

Die Leistungen können in Form von Jahresabschlußvergütungen, Gratifikationen, Jahresprämien, Weihnachtsgeld und ähnlichem vergütet werden. Das Urlaubsgeld ist davon unabhängig tariflich geregelt.

Der baden-württembergische Präsident der Metallunternehmer, Heinz Dürr, hat nicht etwa mit einem harten Nein auf die Forderung der IGM-Tarifkommission reagiert, sondern eher sogar mit Zustimmung. Er sagte zu dem Kündigungsantrag: „Eine Neuregelung müßte bundesweit gefunden werden." Jeder Arbeiter weiß, daß die Unternehmer freiwillig nie auch nur eine müde Mark herausrükken. Sind sie konzessionsbereit, so beweist das, daß sie weiche Knie vor der Bewegung der Arbeiter haben. Offensichtlich befürchten sie jetzt, daß es nach den Sommerferien zum Knall in den Betrieben kommt und wollen dem vorbeugen.

Nach den Septemberstreiks 1969 hatten sowohl die Sprecher der Kapitalisten und der Regierung als auch die DGB-Führer erklärt, man müsse aus der Sache Lehren ziehen. Dergleichen dürfe sich nicht wiederholen. Es passierte jedoch im August 1973 erneut, wenn auch nicht mit solcher Wucht wie bei den Septemberstreiks. Die DGB-Bonzen hatten sich inzwischen besser auf solche Situationen vorbereitet. Allerdings ist seitdem die Kampferfahrung der Arbeiter gewachsen — insbesondere auch in der Metallverarbeitenden und der Eisen- und Stahlindustrie. Die organisierten klassenkämpferischen Kräfte in den Betrieben und die Opposition gegen die reaktionären Bonzen in den Gewerkschaften sind stärker geworden.

Es ist gut, wenn den Bossen und Bonzen der Boden unter den Füßen heiß wird. Die Kollegen in den Betrieben können ihnen gerade dadurch noch mehr einheizen, daß sie an ihren Forderungen nach einem echten Lohnnachschlag festhalten und selbständige Kampfaktionen dafür organisieren.

Bonn zerschlägt Fluglotsenverband

Der Verband der deutschen Fluglotsen ist praktisch zerschlagen. In der vergangenen Woche hat das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsklage der Fluglotsen gegen das Fluglotsenurteil des Bundesgerichtshof (BGH) vom Januar '78 abgewiesen. Dieses Urteil besagt, daß der Fluglotsenverband an die Regierung für die Folgen des Bummelstreiks vom Sommer 1973 Schadenersatz zahlen muß. Der Schaden, der durch den Bummelstreik entstanden sein soll, wird vom BGH auf 250 Millionen Mark beziffert. Da der Fluglotsenverband nicht in der Lage ist, eine derartige Summe aufzubringen, muß er Konkurs anmelden. Mit ihrem Kampf hatten sich die Fluglotsen gegen unzureichende Flugsicherung und unverantwortliche Arbeitsüberlastung gewandt. An diesen Mißständen, durch die ständig Menschenleben gefährdet werden, hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert.



Serie

Im letzten Jahr hat der Aussperrungsterror in der Bundesrepublik einen Höhepunkt erreicht. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Aussperrung ein Teil der Strategie ist, mit der die Unternehmer die Lasten der Krise auf die breite Masse der Werktätigen abwälzen wollen.

Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Den Kampf über Betrieb und Gewerkschaft hinaustragen

Die Lohnerhöhungen, die nach der Aussperrung der Eisen- und Stahlarbeiter abgeschlossen wurden, sind nicht umsonst die niedrigsten seit mehr als zehn Jahren. Bei den Tarifkämpfen des letzten Jahres ging es auch nicht nur um Lohnforderungen. Es ging auch gegen die Folgen der Rationalisierung: Schutz vor Abgruppierungen, um die Einführung neuer Techniken bei den Druckern und Setzern, um die 35-Stunden-Woche. Auch diese Forderungen konnten nur unzureichend oder gar nicht durchgesetzt werden.

Gerade mit der Rationalisierungswelle beabsichtigen die Kapitalisten, einen großangelegten Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse durchzuführen. Wenn Milliardensummen für neue Techniken, Roboter, Einführung des MTM-Systems und Computer im Angestelltenbereich investiert werden, sind die Folgen für die Arbeiter immer die gleichen:

- Lohnkürzungen durch Abgruppierungen und Entqualifizierung der Arbeit;
- Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch verschärfte Arbeitshetze, zunehmende Eintönigkeit usw.;
- massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Auch den Kapitalisten ist klar, daß die Arbeiterklasse diese Angriffe nicht kampflos hinnehmen kann. Auch sie rechnen mit einer Zuspitzung der Klassenkämpfe in den nächsten Jahren. Der Aussperrungsterror soll mit dazu beitragen, die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu brechen und für die nächsten Jahre Ruhe in den Betrieben zu schaffen.

Daher steht die Wichtigkeit der Vorbereitung auf die kommenden Lohn- und Tarifkämpfe nicht im Widerspruch mit dem Kampf für ein Verbot der Aussperrung. Im Gegenteil. Da die Aussperrungen der letzten Jahre keine zufällige Erscheinung sind, sondern im Zeichen zunehmender wirtschaftlicher Kämpfe und der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter stehen, ist es gerade wichtig, die Vorbereitung der Tarifkämpfe mit dem Aufbau der Front für das Verbot der Aussperrung zu verbinden.

Dieser Kampf muß offensiv geführt werden und kann sich nicht darauf beschränken, gegen die Aussperrung erst dann vorzugehen, wenn sie gerade angewendet wird, wie es manche Gewerkschaftsführer empfehlen. Natürlich ist es auf jeden Fall notwendig, für breite Solidaritätsaktionen zu mobilisieren, wenn eine Aussperrung verhängt ist. Aber das reicht nicht aus. Abzuwarten, bis die Unternehmer wieder einmal zugeschlagen haben, um dann erst zu reagieren, bedeutet, ihnen die Initiative zu überlassen.

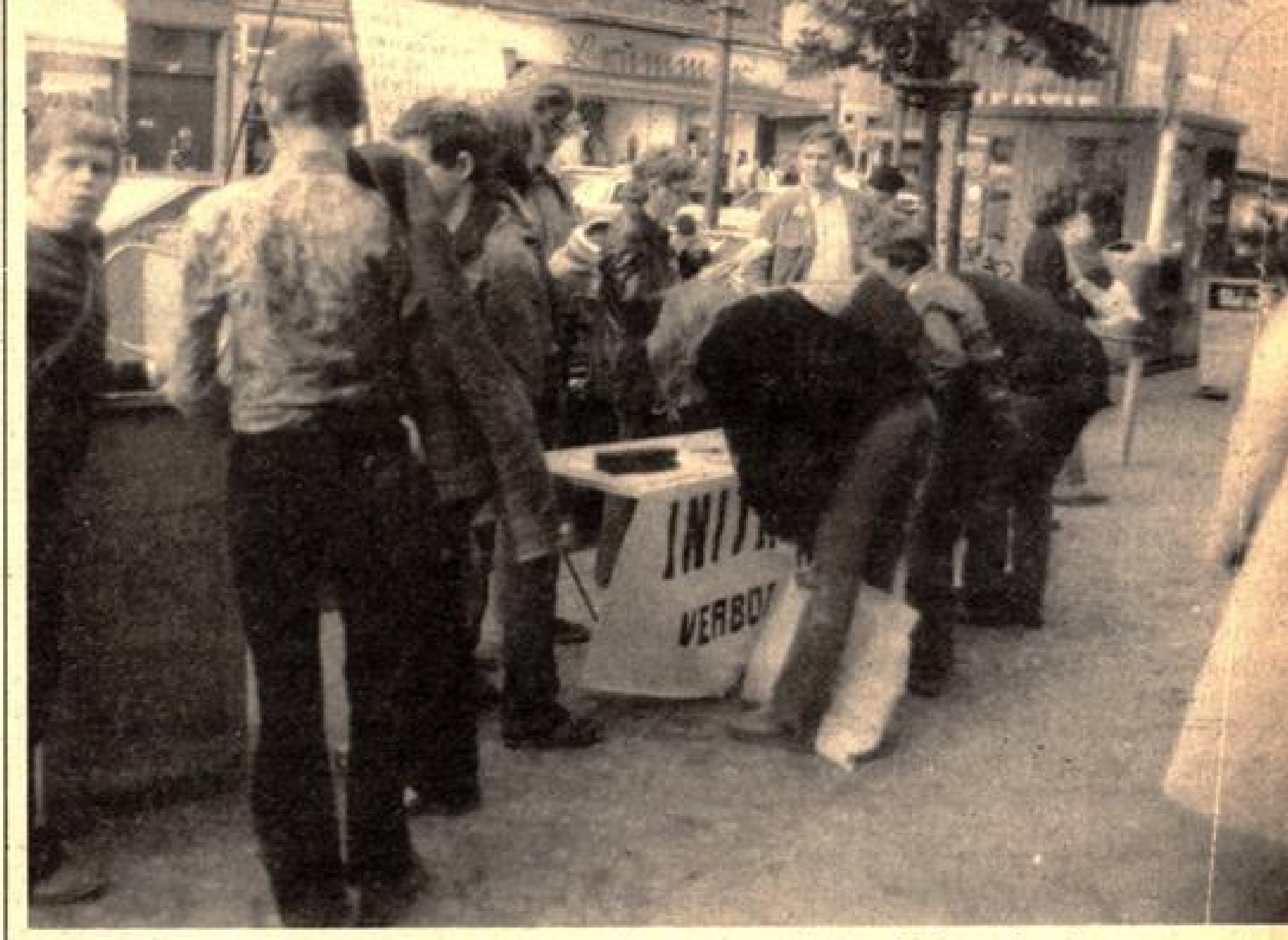
Der Aussperrungsterror ist ein Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse. Deshalb muß der Kampf dagegen politisch geführt werden. Wer ihn nur darauf beschränken will, gegen eine gerade verhängte Aussperrung vorzugehen, verkennt dies völlig. Er möchte die Arbeiterklasse auf den ökonomischen Kampf beschränken. Das bedeutet jedoch, die Kampfkraft der Arbeiterklasse nicht zu stärken, sondern zu schwächen. Es leistet dem Vormarsch von Reaktion und Faschismus Vorschub und schwächt gleichzeitig die Fähigkeit der Arbeiterklasse, wirtschaftliche Kämpfe siegreich zu führen.

Daher ist es unsere Aufgabe als Kommunisten und revolutionäre Gewerkschafter, neben der Ausnutzung aller innergewerkschaftlicher Möglichkeiten, auch alle Initiativen außerhalb des DGB zu fördern und zu unterstützen, die den Kampf für das Verbot der Aussperrung führen und organisieren. Um eine breite politische Bewegung gegen die Aussperrung zu schaffen, muß der Kampf über den gewerkschaftlichen und betrieblichen Rahmen hinausgetragen werden.

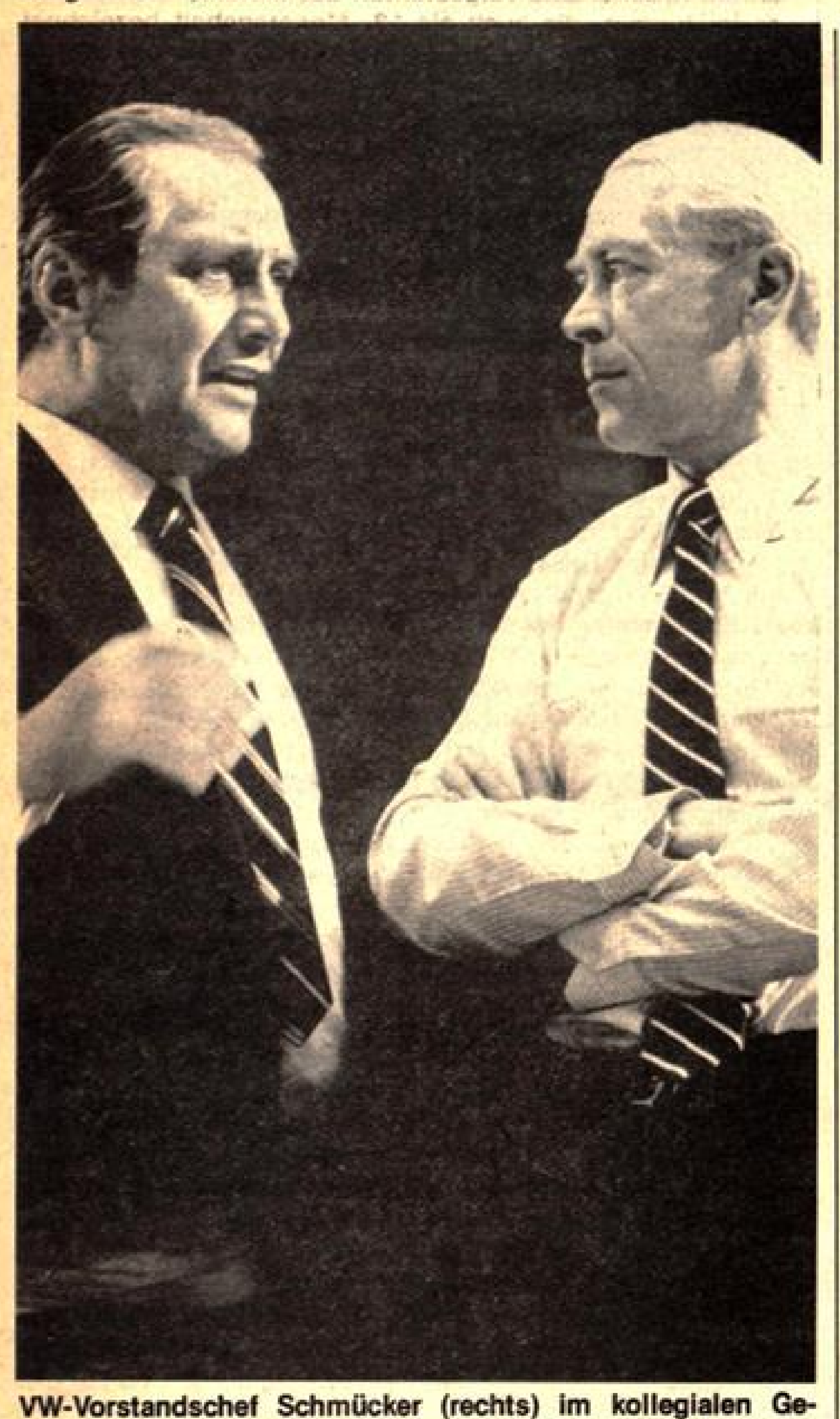
Bereits heute ist die Mehrheit der Bevölkerung für das Verbot der Aussperrung. Das zeigen die zahlreichen Transparente auf den Demonstrationen am 1. Mai, die Beschlüsse von Gewerkschaftstagen, die Reaktion der Bevölkerung auf die Aussperrungen, zahlreiche Solidaritätsaktionen und Resolutionen für die von der Aussperrung betroffenen Kollegen und nicht zuletzt die Umfragen von Meinungsforschungsinstituten.

Aber die Parteien im Bundestag stört das nicht. Sie schützen das „Recht" einer kleinen Minderheit, die Arbeiterklasse zu unterdrücken. Die Gewerkschaftsführer sehen sich zwar gezwungen, gegen die Aussperrung zu protestieren; gleichzeitig lehnen sie es aber ab, den Kampf für ein Verbot voranzutreiben.

Wenn wir erreichen, daß in zunehmendem Maße durch Aufklärung und Aktionen die Meinung der breiten Mehrheit der Werktätigen zu Wort kommt, kann das zu einer mächtigen Kraft werden. Unterstützen wir diesen Kampf in Betrieb und Stadtteil!



Kundgebung der „Westberliner Initiative für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung" am 21.7.79 in Westberlin (Neukölln). Uwe Jessen, Betriebsrat bei der Kraftwerksunion (KWU) unterstützte die Initiative durch Ansprachen an die Passanten. Kollegen von der Initiative über ihre Aktion: „Die Resonanz bei den Kollegen war sehr gut. Wir haben in kurzer Zeit ca. 1 500 Flugblätter verteilt. Innerhalb von anderthalb Stunden haben mehr als 100 Kollegen bei der Unterschriftensammlung unterschrieben. Es wurden Autoaufkleber und Plaketten vertrieben. Die Initiative will in Zukunft ähnliche Aktionen in anderen Bezirken Westberlins durchführen."



VW-Vorstandschef Schmücker (rechts) im kollegialen Gespräch mit seinem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Eugen Loderer. Schmücker vertraute Loderer vor kurzem die Leitung der Jahreshauptversammlung des Volkswagen Werke AG an. Diese Aufgabe erfüllte Mitbestimmer Loderer zur vollen Zufriedenheit der Konzernspitze. Kein Wunder: Loderer zeigte sich einmal mehr als Mann, dem die Profite der Kapitalisten sehr am Herzen liegen. Und das nicht nur in seiner Eigenschaft als Leiter der Aktionärsversammlung. Gleichzeitig nahm Loderer als IG Metall-Vorsitzender gegenüber der bürgerlichen Presse gegen die Nachschlagsforderungen der Arbeiter und IGM-Vertrauensleute Stellung.

Loderer und die Angriffe der CSU auf den DGB

Wer arbeitet Strauß in die Hände?

Wie Parteitagsmaterialien der CSU belegen, stellt die Strauß-Partei ernsthaft die „Gewerkschaftsfrage". Und zwar auf folgende Weise: Wie kann der DGB als Einheitsgewerkschaft am besten gespalten, geschwächt und letztlich zerschlagen werden?

In der neuesten Ausgabe der IGM-Zeitung „Metall" schreibt IGM-Vorsitzender Loderer dazu: „Wer an der Einheitsgewerkschaft rührt, verändert die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland!" Loderer hat damit nicht unrecht. Man kann es allerdings klarer und genauer sagen. Die Angriffe eines F. J. Strauß auf den DGB und auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zielen darauf ab, die Arbeiterklasse ihrer grundlegendsten Rechte zu berauben. Sie zielen letztlich auf ein neues '33 und auf die Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung.

Wer die Angriffe und Pläne der Strauß-Partei nicht ernst nimmt, für den kann es eines Tages ein böses Erwachen geben. Nicht zufällig kommen sie zum gleichen Zeitpunkt, da zum ersten Mal in diesem Staat eine Kundgebung des DGB verboten wurde (die Kundgebung gegen das Deutschlandtreffen der NPD am 16. Juni in Frankfurt); da Sprecher der Kapitalistenverbände öffentlich erklären, ein Verbot der Aussperrung komme nur dann in Frage, wenn auch Streiks verboten würden; da die reaktionäre Troika Strauß-Carstens-Stücklen in Bonn nach der Macht greift.

„Wer den Wind der Zwietracht sät, soll den Sturm der Solidarität ernten", droht Loderer gegenüber Strauß. Das klingt markig. Aber wie ernst ist es gemeint? Kann man Loderer abnehmen, daß er dem Vormarsch von Strauß und Co., von Reaktion und Faschismus, konsequent entgegentreten will?

> Auf die Frage: „Was halten Sie vom Kanzlerkandidaten Strauß?", antwortete Eugen Loderer in „Bild":
>
> **„Ich glaube, er ist klüger als sein Generalsekretär Stoiber und wird nicht versuchen, die Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen. Ich hoffe, er weiß, daß es dann mit der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität in unserem Lande vorbei wäre."**

Bis jetzt hat sich die DGB-Führung noch nicht einmal zu einer klaren Verurteilung des Verbots der DGB-Kundgebung in Frankfurt bereitgefunden.

Anstatt in Betrieb und Gewerkschaft gegen die Strauß und Carstens mobil zu machen, beteiligt sich die DGB-Führung an den Bemühungen der Bonner Propaganda, Strauß salonfähig zu machen und die Gefahr zu verharmlosen, die von ihm ausgeht. So erklärte Heinz Oskar Vetter vor einigen Wochen in einem Interview mit Springers „Welt": Die Ansicht, daß Strauß „nun im Rundumschlag alles über Bord kippt, was uns gewissermaßen heilig ist" sei „dummes Zeug". Kaum war Strauß zum Kanzlerkandidaten erkoren, beeilte sich die DGB-Führung auch schon, ein offizielles Zusammentreffen zwischen Vetter und Strauß zu vereinbaren.

Dieses Treffen, das für den 17. September anberaumt wurde, soll dazu dienen, „das Verhältnis zwischen der CSU und dem DGB zu klären". Was gibt es denn da noch zu klären? Möchte Vetter sich von Strauß darüber aufklären lassen, wen er gemeint hat, als er in seiner Sonthofener Rede davon sprach, wenn er an die Macht komme, wolle er mit den „roten Ratten" so aufräumen, „daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen"?

Mit Politikern einer solchen Sorte setzt sich kein Gewerkschafter an einen Tisch. Wer hier die Fronten verwischen und eine Versöhnungspolitik betreiben will, der leistet jenen Kräften Vorschub, die auf ein neues '33 hinarbeiten.

Auf der anderen Seite — das zeigen auch gewisse Untertöne in Loderers „Metall"-Kommentar — möchte die DGB-Führung die Angriffe der CSU auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft ausnutzen, um die klassenkämpferische Opposition zum Schweigen zu bringen. Motto: „Wer gegen uns und unsere Politik opponiert, der arbeitet Strauß in die Hände und will die Einheitsgewerkschaft zerstören." Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Die Einheitsgewerkschaft untergraben jene, die eine Politik der Klassenzusammenarbeit durchsetzen. Wer weniger die Forderungen der Arbeiterschaft als die Profitinteressen der Unternehmer verteidigt, wer in schweren und wichtigen Kämpfen den streikenden Arbeitern mit faulen Kompromissen in den Rücken fällt — der ist der wirkliche Spalter innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Der Stahlarbeiterstreik ist ein Lehrstück dafür.

Loderer schreibt in „Metall", Strauß wolle „den Keim von Zwietracht in unsere Reihen säen". Leider hat Strauß das gar nicht mehr nötig. Das haben Leute wie Loderer und Konsorten bereits besorgt.

In der Tat: Der Kampf aller ehrlichen Gewerkschafter gegen die Spaltung unserer Reihen, für die Gewerkschaftseinheit, ist heute eine brennende Notwendigkeit. Wir brauchen einen starken Gewerkschaftsbund, an dem sich die Reaktion und der Faschismus, an dem sich Strauß und Komplizen die Zähne ausbeißen. Kann das aber bedeuten, daß siebeneinhalb Millionen DGB-Mitglieder sich mit einer Gewerkschaftsführung abfinden können, die den Ausverkauf ihrer Interessen betreibt und mit der Reaktion paktiert? Niemals!

Kampf für Gewerkschaftseinheit bedeutet, eine wirkliche Arbeiterpolitik im DGB durchzusetzen. Es bedeutet, sich nicht mehr von reaktionären Gewerkschaftsbonzen wie Loderer, Hauenschild usw. auseinanderdividieren zu lassen. Es bedeutet, daß die ehrlichen Gewerkschaftsfunktionäre sich zusammenschließen, daß sie, gestützt auf die Millionenmassen der Mitglieder, den Einfluß der Arbeiterverräter im DGB brechen. Nur so kann die Einheitsgewerkschaft verteidigt, kann der DGB zu einer mächtigen Waffe der Arbeiterklasse im Kampf gegen Reaktion und Faschismus werden.

Die Revolutionäre Landvolk-Bewegung [RLB] hat den Kampf gegen die sich ständig verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Lande aufgenommen. Sie unterstützt und organisiert die werktätigen Bauern, Winzer und Fischer gegen ihre drohende Ruinierung, gegen die räuberische Kredit-, Zins- und Preispolitik der Banken und Konzerne sowie gegen die bauernfeindliche Politik des Bonner Staates. Die RLB richtet ihre Arbeit auch auf die Probleme der Landarbeiter und Arbeiter auf dem Lande aus.

Die KPD/ML, die der revolutionären Arbeit auf dem Lande große Bedeutung beimißt, unterstützt den Kampf und die Arbeit der RLB. Aus der neuesten Nummer der Zeitung der RLB, „Freies Landvolk“, veröffentlichen wir im folgenden einige Artikel.

Freies Landvolk
Zeitung der Revolutionären Landvolk-Bewegung
Unverschämte Preistreiberei beim Oel!
Stoppt die Ruinierung der Küstenfischer!

Einzelpreis 70 Pfennig, Bestellungen an: Verlag G. Coldewey Seefelder-Außendeich, 2883 Stadland 3

Noch immer ganze Dörfer ohne Elektrizität

Man muß sich schon manchmal auf dem Kalender vergewissern, daß man nicht im 18. Jahrhundert lebt. Etliche Dörfer, besonders aber Einzelhöfe, sind bis zum heutigen Tage noch ohne Anschluß an die direkte Energieversorgung. Allein in Bayern sind es noch fast 200 Bauernhöfe, die auf den Anschluß an das Stromnetz warten.

In der Gegend zwischen Kronach und Kulmbach zum Beispiel sind einige Dörfer ohne Elektrizität, obwohl riesige Überlandleitungen vorhanden sind. Mit einem Dieselgenerator müssen hier viele Familien ihren Strom erzeugen. Da diese Generatoren meistens aber nur 110 Volt produzieren, kommen kostspielige Umrüstungen für alle Elektrogeräte zusätzlich dazu. Wer sich allerdings keinen Generator leisten kann, muß mit der Petroleumlampe vorliebnehmen.

Für Franz Astl, den Besitzer des höchsten Bergbauernhofes der Bundesrepublik, fand im Dezember 1975 der Anschluß an das Stromnetz statt. Wie ein gewaltiges Ereignis wurde diese Beseitigung der Verhältnisse eines 18. Jahrhunderts gefeiert. So stieg selbst Bayerns Landwirtschaftsminister zum Astl-Hof auf, um mit einer Fingerbewegung im Wohnzimmer die Lampe anzuknipsen. Dieser Anschluß war für Franz Astl wahrlich nicht umsonst, sondern er mußte über 60 000 Mark Anschlußkosten dafür auf den Tisch legen.

„In Bayern werden bis zur vollständigen Elektrifizierung noch Jahre vergehen“ sagte der zuständige Regierungsdirektor Weidinger. Zugleich wies er darauf hin, daß in Baden-Württemberg noch weit mehr Bauern zur Zeit ohne Anschluß an das Elektrizitätsnetz sind. Für Frau Hochbichler in Ettenberg bedeutet das, daß sie auch heute noch glühende Buchenholzkohle in ihr Bügeleisen legen muß.

Hier handelt es sich um eine der krassesten Formen der Benachteiligung des Landes. Die Politiker lassen sich wie wahre Helden feiern, wenn sie schleppend über drei Jahrzehnte hinweg langsam die Gegenwart auch in die entferntesten Ecken Deutschlands bringen. Trotz staatlicher Zuschüsse sind die Eigenmittel gewaltig, die die betroffene Landbevölkerung für den Anschluß an das Stromnetz aufbringen muß.

So soll die Müllersfrau Salzeder aus Schlößmühle 36 000 Mark an Eigenmitteln aufbringen, während ihre Nachbarn „nur“ die Hälfte davon aufbringen müssen, weil sie 400 Meter darunter wohnen. Aus finanzieller Not heraus zeigt sich die Müllersfrau nicht geneigt, den Anschluß an das öffentliche Stromnetz zu suchen, zumal das Wasser des Schlößmühlenbachs bisher den Stromgenerator angetrieben hat und damit die Unkosten um ein Vielfaches kleiner waren.

Derartige Autonomie paßt indes nicht in das Denkschema von Politikern und Beamten, denn Berta Salzeder flatterte plötzlich der notariell beglaubigte Bescheid ins Haus, ihr Bach, der seit dem Jahr 1418 das Wasser zur Mühle liefert, gehöre von Stund an der Gemeinde. „Das ist kalte Enteignung“, sagt die Müllerin. „die können uns nun jederzeit mit dem Wasser auch das Licht abdrehen.“

Schlagartig wird an diesen traurigen Beispielen deutlich, wie sehr das profitorientierte Streben den Ausverkauf des Landes verursacht. In den Städten und dichtbesiedelten Gebieten, ja, da lohnt es sich für die Elektrizitätsgesellschaften. Da wird mit wenig Unkosten ein hoher Profit abgeworfen. Die abseits gelegenen Gebiete sind da viel weniger lohnend und werden nur erschlossen, falls die Anschlußkosten von der betroffenen Bevölkerung übernommen werden.

Im südlichen Zipfel von Europa gibt es ein Land, das heißt Albanien. Obwohl die Ausgangspositionen für Albanien nach dem Kriege viel ungünstiger waren, ist dieses Land seit dem Oktober 1970 (!) vollständig elektrifiziert. Albanien besteht zu 90 Prozent aus schwer zugänglichen Gebirgsketten, dennoch ist hier jedes Haus und jede Hütte an das Stromnetz angeschlossen. Ein Erfolg, der offensichtlich nur in einem Land wie der Sozialistischen Volksrepublik Albanien möglich ist, wo das Streben nach Profit keine Bedeutung hat. „Licht für das ganze Volk“, unter dem Motto wurde in gut 20 Jahren die Erschließung Albaniens durchgeführt. Anschlußkosten brauchte keiner der Betroffenen zu bezahlen.

Was in Albanien möglich ist, das 1948 noch aus 80 Prozent Analphabeten bestand, müßte in einem seit einem Jahrhundert hochtechnisierten Land wie Deutschland eine Selbstverständlichkeit sein. Wir fordern die vollständige Elektrifizierung in der Bundesrepublik, ohne daß Anschlußkosten für die betroffene Landbevölkerung entstehen. Wir meinen, dies ist eine der bescheidensten Forderungen, die die Landbevölkerung überhaupt hat.

Zum unteren Kleinbürgertum gehört der Teil der kleinen Warenproduzenten, selbständigen Handwerker, Bauern, Händler und Ladenbesitzer, die nicht mehr genug erwirtschaften, um leben und den Betrieb halten zu können. Sie besitzen zwar einige Produktionsmittel, aber obwohl sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend schuften, verschulden sie sich immer mehr, bis sie schließlich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Zu dieser Schicht gehört die Mehrzahl der Bauern, die noch nicht ins Halbproletariat oder Proletariat abgesunken sind. (...) Das untere Kleinbürgertum, vor allem die Bauern, ist der engste Bündnispartner des Proletariats.

[Aus dem Programm der KPD/ML]

Stoppt die Ruinierung der Küstenfischer

Daß in der Bundesrepublik das größte Bauernlegen der Geschichte betrieben wird, das ist allgemein bekannt. Weitaus weniger wissen wir über die Küstenfischer, obwohl hier noch eine viel größere Ruinierung betrieben wird. Dies liegt vor allem wohl an der nur noch kleinen Anzahl der Küstenfischer, denn zum Beispiel in Niedersachsen und Bremen leben nur noch 700 Menschen von der Küstenfischerei. Wie brutal sich hier das Fischersterben vollzogen hat, machen folgende Zahlen deutlich. 1949 gab es an den Küsten dieser beiden Bundesländer noch über 650 Kutter über 10 Meter Länge, heute sind es nur noch knappe 240.

Dieser Ruinierungsprozeß wird gerade jetzt noch weiter vorangetrieben. Zum einen sind es die jetzt von der EG festgesetzten Fangquoten, die so niedrig sind, daß sie innerhalb weniger Monate voll ausgeschöpft werden. Die restlichen Monate im Jahr liegen dann die Kutter gezwungenermaßen vor Anker. Zum anderen sind es die momentan hohen Kosten für Dieselkraftstoff, die oftmals den Erlös für den Fang übersteigen. Im Juni 1978 konnte zum Beispiel die Fischereigenossenschaft in Fedderwardersiel den Dieselkraftstoff noch für 25 Pfennig einkaufen, jetzt liegt dieser Preis bei 43 Pfennig. Zudem bekommt die Genossenschaft von den benötigten 50 000 Litern im Monat nur 35 000 zugeteilt, und für den Monat Juli ist bis jetzt überhaupt fraglich, ob eine Lieferung von Dieselkraftstoff erfolgen wird.

Zurück zu den Fangquoten, die zum Schutz der Fischbestände verhängt worden sind. Die Küstenfischer sind an dem Raubbau der Fischbestände völlig schuldlos, er geht allein auf das Konto der großen Nahrungsmittelkonzerne. So besitzt allein die „Nordsee“, eine Tochtergesellschaft von Unilever, 60 modernste Hochseefischereifahrzeuge, die mit zusammen 70 000 Bruttoregistertonnen fast das Dreifache aller Küstenfischereifahrzeuge aufbieten kann. Auch die Hanseatische Hochseefischerei AG, eine Tochtergesellschaft des Oetker-Konzerns, liegt mit zusammen 22 000 Bruttoregistertonnen noch über denen aller Küstenfischer zusammen.

Mit Hilfe des Staates haben diese großen Konzerne die Kutterfischer im wesentlichen schon ruiniert und teilen den Markt unter sich auf. Die Preise für Fisch sind deshalb auch in der letzten Zeit gewaltig gestiegen. Daß dies nicht an der zurückgehenden Menge an Fisch liegt, zeigte vor einiger Zeit der Kutterfischer Karl Jarchau aus Bremerhaven. Er verkaufte auf dem Wochenmarkt Dorschfilet zum Selbstkostenpreis und wurde an einem Tag über eine Tonne Fisch los. Es handelte sich bei diesem Dorschfilet um kleinere Stücke, die er sonst auf der Fischauktion nur als Produkt für die Fischmehlfabriken los wir. Händlerangebote gibt es nur auf die großen Fische, wo sich nach Ansicht der Konzerne eine Verarbeitung lohnt.

Es liegt auf der Hand, daß diese Konzerne mit einer solchen Einstellung einen gewaltigen Raubbau an den Fischbeständen treiben. Nur die größten kommen an den Verbraucher, alles andere wird als Gammel in die Fischmehlfabriken geschickt. Laut wird in Bonn über die Not der räuberischen Hochseefischerei geklagt, wenn zum Beispiel Island diesem Treiben nicht länger zusieht. Es werden Beihilfen für die ach so finanzschwachen Konzerne gegeben, allein 1977 waren es über 90 Millionen Mark. Im gleichen Zeitraum bekam die gesamte Kutterfischerei nur 5 Millionen Mark und die zumeist nur als sogenannte Abwrackprämien.

Für einen durchschnittlich 16-stündigen Arbeitstag ist der Verdienst lächerlich gering. So konnte im Durchschnitt ein Kutter 1976 für 64 000 Mark Fisch und Krabben anlanden. Von diesem Geld müssen in der Regel zwei Besatzungsmitglieder entlohnt und der Kutter unterhalten und betrieben werden. Ein neuer Kutter kostet heute mindestens 600 000 Mark, und rechnet man nur 10 Prozent für Zinsen und Abtrag, so kann ein jeder Küstenfischer seinen endgültigen Ruin ausrechnen.

Die kleinen Fischer aber haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie sehr wohl in der Lage sind, gegen Ungerechtigkeiten anzukämpfen. Die Besetzung des kleinen Knechtsandes und die Kämpfe um Helgoland in den fünfziger Jahren sind davon ein deutlicher Ausdruck. Erst im vergangenen Jahr haben die Ostseefischer in Kiel mit der Blockade des Nord-Ostsee-Kanals auf ihr Not aufmerksam gemacht.

Die Küstenfischer gehören an die Seite der Bauern und Arbeiter, auch sie sind ein Teil der revolutionären Landvolkbewegung, auch wenn ihre Anzahl heute klein geworden ist. Die Fischer kennen und lieben die Freiheit. Die Küste und das Meer zeigen ihnen jeden Tag aufs neue, wie sehr sie zu Sklaven auf eigenem Kutter geworden sind. Und sie zeigen ihnen, daß es sich zu kämpfen lohnt für das Ziel, wieder ein freier Fischer in einem freien Deutschland zu sein.



Mai 1978: Fischer blockieren die Einfahrt zum Nord-Ostsee-Kanal in Kiel

Nach vier Jahren noch keine Entschädigung

Das grenzt an Enteignung

(Elsfleth, Landkreis Wesermarsch). Seit fast vier Jahren wartet Bauer Bröcker aus Elsfleth-Wehrder vergebens auf die Entschädigung für seinen Boden, der ihm durch den Ausbau einer Bundesstraße genommen wurde. Seit vier Jahren sind es immerhin runde 40 000 Mark, die der Staat dem Bauern Bröcker vorenthält. Diese ganze Angelegenheit zeigt drastisch die Willkür der Behörden und grenzt an kalte Enteignung.

Begonnen hatte das ganze im Jahre 1974.

Ein Planfeststellungsverfahren war ausgeschrieben worden, um die Bundesstraße 212 verbreitern zu können. Direkt vor dem Hof Bröckers war überdies eine übersichtliche Abzweigung nach Oldenburg ausgewiesen worden.

Gegen dies Feststellungsverfahren hatte Herr Bröcker nichts einzuwenden, denn die Notwendigkeit einer Verbreiterung der B 212 war einsichtig. Durch die Verbreiterung wurde allerdings sein Hof stark angeschnitten und ein normaler Ablauf des landwirtschaftlichen Betriebes war nicht mehr voll gewährleistet, deshalb stellte Herr Bröcker einen Antrag auf Aussiedlung. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und so mußte die Erschwernis in Kauf genommen werden.

Durch den Ausbau der B 212 wurde die Überquerung der Straße für diesen landwirtschaftlichen 30-Hektar-Betrieb schwierig, zumal eine direkt gegenüberliegende Fläche dem Bau zum Opfer fiel. Insgesamt waren es 0,8 ha, die Bauer Bröcker einbüßen mußte.

1975 flatterte der Kaufvertrag von dem zuständigen Straßenbauamt Oldenburg ins Haus, der eine Quadratmeterentschädigung von 1,30 Mark vorsah. Damit war Herr Bröcker überhaupt nicht einverstanden, denn er stand und steht auf dem richtigen Standpunkt, mit dem Geld muß man eine gleichwertige Fläche ankaufen können. Von einer Entschädigung wegen der Betriebserschwernis und der hofnahen Lage war in diesem Vertrag überhaupt nicht die Rede. Deshalb weigerte sich Herr Bröcker, diesen Vertrag zu unterschreiben.

Im Laufe des Jahres 1975 wurde dann sein Land in Form der Besitzeinweisung vom Staat übernommen und im November unter Asphalt und Beton begraben.

Herr Bröcker läßt ein Gutachten über den ihm entstandenen Schaden aufstellen, das im September 1976 fertig ist. In diesem Betrag sind neben der verlorenen Fläche, die mit 2 Mark je Quadratmeter berechnet wird, die Kosten für den Abbruch und erneuten Aufbau eines Schweinestalles, die sonstigen Sachschäden, die Betriebserschwernis, die Entschädigung für hofnahe Lage usw. enthalten. Drei Monate vor der endgültigen Fertigstellung erkennt das Straßenbauamt das Gutachten an und bezahlt damit auch den Gutachter. Das Ergebnis allerdings erkennt es später nicht an und fordert Ergänzungen dazu, die im September 1978 fertiggestellt werden. Mittlerweile hat sich der Quadratmeterpreis des Landes laut Gutachten auf 3,50 Mark erhöht.

Bei einem Termin im März 1977 vor dem Regierungspräsidenten in Oldenburg findet sich das Straßenbauamt nur bereit, Entschädigungen für die hofnahe Lage, für die Hofanschneidung und für zerstörte Zäune und Tore auf der Grundlage des Gutachtens zu zahlen. Immerhin dauert auch die Überweisung der Entschädigung in Höhe von 8 185,70 Mark noch geschlagene 15 Monate.

Die restlichen noch ausstehenden 40 000 Mark, die sich durch den Anstieg des Quadratmeterpreises noch um ca. 10 000 Mark erhöhen dürften, sind bis heute noch nicht bezahlt, obwohl das geforderte Ergänzungsgutachten seit dem September 1978 vorliegt.

Wie lange Herr Bröcker noch auf seine Entschädigung warten muß, das weiß er nicht. Er will aber bis zum letzten für sein Recht kämpfen. Er will für den verlorenen Boden eine gleichwertige Fläche bekommen, um auch weiterhin eine ordnungsgemäße Landwirtschaft durchführen zu können. Sollte der Bauer Bröcker aber letztlich für ein Trinkgeld um seinen Boden gebracht werden, dann will er u.a. in Zeitungsanzeigen der gesamten Landbevölkerung seines Landkreises aufzeigen, wie er vom Staat betrogen worden ist. Bauer Bröcker gibt nicht so schnell klein bei, dies hat er in den bisherigen vier Jahren mehr als einmal bewiesen. Daß ein gemeinsames Handeln aller betroffenen Bauern damals besser gewesen wäre, auch diese Erkenntnis ist im Laufe des Kampfes gewachsen.



Selbst dem in Sachen Strauß hartgesottenen kommunistischen Redakteur nötigt der frischgebackene Kanzlerkandidat der CDU/CSU immer wieder „aufrichtige Bewunderung" über seinen schier grenzenlosen Vorrat an politischer Dreistigkeit ab. Nachdem das Bonner Kabinett Anfang Juli einen Gesetzesentwurf zur „Umsatzsteuerharmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft" vorgelegt hatte, trumpften Strauß und seine Gefolgschaft mit dem Begehren auf, die Gültigkeit dieses Gesetzes auf das deutsche Staatsgebiet von 1937 auszudehnen; eine handfeste revanchistische Provokation gegen die Souveränität der DDR, Polens und der Sowjetunion. Daß dieser Ausfall nicht einfach einer üblen Laune des polternden Bayern zuzuschreiben ist, beweist ein Blick auf die Rolle, die er bei der Wiederaufrüstung Westdeutschlands gespielt hat

Ein Mann des Krieges

Die Wiederaufrüstung geschah gegen den erklärten Willen des gesamten deutschen Volkes und konnte nur durch den rapiden Abbau demokratischer Rechte, durch verschärfte politische Unterdrückung in Verbindung mit einer beispiellosen antikommunistischen Hetze — die der der Nazis in nichts nachstand — und der Aufstachelung chauvinistischer Emotionen durchgesetzt werden. Die KPD, die die Hauptlast des antifaschistischen Kampfes in Deutschland getragen hätte, wurde, wie unter Hitler, verboten.

Die Wiederaufrüstung entsprach dagegen dem Klasseninteresse der deutschen Monopolbourgeoisie, die sich in den westlichen Besatzungszonen, der späteren Bundesrepublik, unter dem Schutz der imperialistischen Siegermächte zusammengefunden hatte. Um zu Macht und Einfluß zu gelangen, um in der Welt wieder mitreden zu können, um das Recht auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse verteidigen zu können und um zu gegebener Zeit einen dritten Eroberungsfeldzug unternehmen zu können, brauchten sie eine Armee. Der USA-Imperialismus billigte und förderte die Wiederaufrüstung der westdeutschen Imperialisten; er war an einem aggressiven Frontstaat gegen das damals bestehende sozialistische Lager mit der Sowjetunion Stalins an der Spitze interessiert.

Mit dem amerikanischer Hilfe wiedererstarkte Finanzkapital, dieselbe verbrecherische Klasse, die Hitler an die Macht gehievt hatte, begann mit dem Aufbau einer neuen Aggressionsarmee. Strauß erwies sich dabei als eifriger Drahtzieher, als Geburtshelfer eines extrem hochkonzentrierten Rüstungskapitals, wie es selbst zu Hitlers Zeiten noch nicht dagewesen war. Die unmittelbar bevorstehende Fusionierung von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) und den Vereinigten Flugzeugwerken (VFW) Fokker zu einem gigantischen nationalen Rüstungskonzern ist mit auf den Einfluß von Strauß zurückzuführen.

Ein Mann der ersten Stunde

Durch einen vorwiegend pazifistisch geführten Wahlkampf ergatterte sich Strauß ein Mandat für den ersten Bonner Bundestag, wo er sich alsbald zielstrebig wehrpolitischen Problemen widmete. Er entwickelte einen geradezu krankhaften Ehrgeiz, an die Schalthebel der Wiederaufrüstung zu gelangen. Als strategisches Hinterland diente ihm die inzwischen gegründete CSU, deren Generalsekretär er bereits 1948 wurde. Die CSU wurde schnell — nicht zuletzt durch das Organisationstalent ihres Generalsekretärs — zum Sammelbecken ehemaliger Nazi-Größen und Rüstungsindustrieller. In den ersten Nachkriegsjahren fand Strauß in die Rolle, die er heute noch innehat: **Er wurde zum Vertreter und Fürsprecher der reaktionären und aggressiven Kreise des deutschen Finanzkapitals.**

Bereits 1955, in seiner Eigenschaft als Atomminister, hatte Strauß Spitzenvertreter der Industrie um sich geschart. Mit dem beim BDI gegründeten Arbeitskreis für Atomfragen arbeitete er eng zusammen. Unter anderem waren dort vertreten: Dr. W. A. Menne, Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst; Dr. H. C. Boden, Generaldirektor bei AEG, ehemaliger Rohstoffberater Hitlers; Dr. K. Knott, Vorstandsmitglied bei Siemens-Schukkert; Dr. F. Prentzel, Generaldirektor der DEGUSSA, ehemaliger Vertreter der IG Farben im Ostministerium der Nazis; Dr. H. Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Aktienverein und Gutehoffnungshütte AG Sterkrade (Hanielkonzern), Aufsichtsratsvorsitzender der MAN, der Deutschen Werft AG etc.

modernste Waffen...

Strauß, der im ersten Bundestagswahlkampf 1949 dem Krieg abgeschworen hatte, verkündete nun überall: „Das Schlagwort ‚Nie wieder Krieg' ist heute fehl am Platze. Man muß bereit sein, die Freiheit zu verteidigen" (1). In Amerika verlangte er als frischgebackener Kriegsminister modernste Waffen zur Verteidigung dieser „Freiheit". Ein amerikanisches Nachrichtenmagazin mit Millionenauflage meldete am 15. 7. 1957 folgenden Ausspruch: „Wir Deutschen mögen zwar den Krieg verloren haben, aber unseren Verstand haben wir nicht verloren. Wir wollen nicht, daß die Deutschen das Fußvolk der amerikanischen Atomritter werden" (2). **Atomwaffen in die Hand der westdeutschen Imperialisten, die schon mit konventionellen Waffen die Welt zweimal in ein Blutbad gestürzt hatten, das war das erklärte Ziel des Franz Josef Strauß.** Modernste Ausrüstung für die neue imperialistische Aggressionsarmee: Das ließ seinen Hintermännern das Wasser im Munde zusammenlaufen.

Strauß spielte bei der Wiederaufrüstung gewissermaßen die Rolle des Vollstreckers des auf Wiedereroberung der „verlorenen Ostgebiete" hinauslaufenden Programms der westdeutschen Imperialisten. Beim Aufbau der neuen Aggressionsarmee, die auf den beschönigenden Namen „Bundeswehr" getauft wurde, stützte er sich folgerichtig auf die im Angriffskrieg erprobten Nazi-Generäle.

...alte Generäle

Erster Generalinspekteur der Bundeswehr war Generalleutnant Adolf Heusinger. Seit 1940 war er Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos der Nazi-Wehrmacht und einer der Hauptstrategen des Rußlandfeldzuges. 1957 erklärte er: „Der gemeinsame Feind der freien Welt ist der imperialistische Kommunismus, den man niemals ändern, sondern immer nur zerstören kann" (3). Schon 1944 wollte er „Deutschland wenigstens vor den asiatischen Horden retten" (4). Als er 1961 zur NATO abkommandiert wurde, berief Franz Josef Strauß den von einem sowjetischen Militärtribunal rechtskräftig verurteilten Kriegsverbrecher Generalleutnant Friedrich Foertsch auf den Posten des höchsten Offiziers der Republik. Auch die Inspekteursposten der drei Waffengattungen waren mit „verdienten" Generälen Hitlers besetzt.

Am 19. August 1960 legte die Nazi-Generalität mit Billigung ihres Oberbefehlshabers Strauß der internationalen Presse eine von Vizeadmiral Ruge unterzeichnete Denkschrift vor. In diesem programmatischen Dokument bekräftigte der Führungsstab der westdeutschen Aggressionsarmee die Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht. Außerdem dürfe weder die Zugehörigkeit zur NATO in Frage gestellt noch auf atomare Bewaffnung verzichtet werden. Bemerkenswert an diesem Vorgang war vor allem, daß sich die militärische Führung als eigenständiger politischer Faktor an die internationale Öffentlichkeit wandte. Um die Bundeswehr als demokratische Einrichtung erscheinen zu lassen, erörtern normalerweise nur zivile Beamte des Kriegsministeriums militärische Probleme; und auch sie vermeiden es in der Regel, an die Öffentlichkeit zu gehen, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, das westdeutsche Militär habe revanchistische Ziele. Die „Times" in London zeigte sich beunruhigt darüber, „daß die deutschen Generäle der politischen Führung offenbar sagen, was getan werden soll" (5). Eine Amsterdamer Zeitung schrieb die mahnenden Worte: „Wenn dies in Bonn Demokratie heißt, dann muß man um die Bundesrepublik besorgt sein" (6).

Hier wird deutlich, wer im Bonner Staat den Ton angibt, wer in Westdeutschland die Herren im Haus sind. Es ist die Finanzbourgeoisie, insbesondere ihre reaktionärsten und aggressivsten Teile; es ist das Rüstungskapital, das immer größere Mengen des von den Werktätigen geschaffenen Reichtums in ihr Waffenarsenal investiert; dessen Macht bereits wieder so groß ist, daß es offen die Generalität für seine Interessen sprechen läßt und dabei die Empörung aller aufrichtigen Demokraten in Kauf nimmt. Franz Josef Strauß war von den ersten Nachkriegsjahren an ihr Drahtzieher.



„Ohne daß es jemand ausspricht, vergleicht die deutsche Öffentlichkeit diesen Mann mit Hitler."

„Ich bin lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder"

Es ist das Finanzkapital, das die Welt in zwei imperialistische Raubkriege getrieben hat, das den kleinsten Widerstand im KZ-Terror erstickt hat, das Verbrecher und Banditen wie Hitler, Goebbels und Göring an die Schalthebel der Macht gesetzt hat, als ihm das Wasser bis zum Hals stand.

Die Herren Finanzkapitalisten, die westdeutschen Monopole, die damals hinter Hitler standen, haben Strauß auf den Schild gehoben, den Mann, den sie wegen seiner Erfahrungen als Atom-, Kriegs- und Finanzminister und nicht zuletzt wegen seiner grenzenlosen Skrupellosigkeit für den geeigneten Kandidaten halten, den Widerstand gegen den bevorstehenden Ansturm der Arbeiterklasse zu organisieren — mit Hitlerschen Methoden —, und dem es nicht das geringste ausmachen würde, die Welt in einen neuen, noch schrecklicheren Krieg zu stürzen.

Niemand sollte sich dadurch betören lassen, daß Strauß sich heute noch — wenn auch notdürftig — an gewisse parlamentarische Spielregeln hält. Das hat auch Hitler getan.

1 Mathias Bergner, Auf den Spuren des Mister S., Berlin 1961, S. 36
2 Spiegel Nr. 15, Jg. 1961, S. 22
3 M. Bergner, Auf den Spuren des Mister S., S. 55
4 ebenda S. 54
5 Spiegel Nr. 36, Jg. 1960, S. 14
6 ebenda
7 Otto Schröder, Die neuen Preußen, Berlin 1965, S. 56

Die nächste Folge wird sich mit den zahlreichen Affären von Franz Josef Strauß befassen.

Bayern — Waffenschmiede Nr. 1

Strauß hat sich wie kaum ein anderer Politiker um das Wiedererstarken des Rüstungskapitals verdient gemacht. Durch großzügige Investitionshilfen der Münchener CSU-Regierung wurde Bayern zum Schlaraffenland der Rüstungsindustrie. 1972 wurden knapp die Hälfte der inländischen Rüstungsgüter in Bayern hergestellt.

Mit dem Elektrogiganten Siemens, Rohde & Schwarz (Funkanlagen, Navigations- und Funkpeilgeräte), Produktionsstätten von AEG, Felten & Guilleaume Fernmeldeanlagen, der Firma Diehl-Junghans ist in Bayern auf Initiative von Strauß der größte Teil der Flugzeug- und Raketenelektronik und der militärischen Fernmeldetechnik konzentriert.

Der größte westdeutsche Flugzeug- und Raketenkonzern, Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), hat seinen Sitz in München. Dornier (Flugzeugbau) hat seine wichtigsten Produktionsanlagen im bayrischen Raum. Ferner ist die Deutsche Airbus GmbH hier zu Hause. Sie wird von MBB (65 Prozent) und den Vereinigten Flugzeugwerken (VFW) Fokker (35 Prozent) kontrolliert. Aufsichtsratsvorsitzender ist Franz Josef Strauß. Insgesamt beherbergt Bayern mehr als die Hälfte der gesamten westdeutschen Luft- und Raumfahrtkapazitäten. Was die Triebwerksindustrie betrifft, so befinden sich dank der Ansiedelungspolitik der CSU 80 Prozent der westdeutschen Gesamtkapazität in Südbayern (MTU in München, MAN-Triebwerksbau in Karlsfeld). Westeuropas größter Panzerproduzent (Krauss-Maffei) ist in München-Allach zu finden. Der Haniel-Konzern hat Anteile bei MAN (Kriegsfahrzeuge, Atomindustrie) und bei der Zahnräderfabrik Renk AG (Panzergetriebe); die Quandt-Gruppe ist durch BMW und Keller & Knappich (Panzerzubehör und -reparaturen) vertreten.

Diese höchst unvollständige Aufzählung deutet an, daß Franz Josef Strauß durch tausend Fäden mit dem westdeutschen Finanzkapital, insbesondere mit seinen reaktionärsten und aggressivsten Teil, dem Rüstungskapital, verbunden ist.

Wiederaufrüstung

Im Dezember 1944 fand sich ein vertraulicher Kreis von Offizieren der Kriegsakademie zusammen, um den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht nach der sich abzeichnenden Niederlage zu beraten. Nazi-General Stumpff: „Wir gehen den gleichen Weg, der bereits 1919 mit Erfolg gegangen wurde." (7)

Im Januar 1948 legte US-General Clay dem Pentagon einen Plan vor, eine 500 000 Mann starke westdeutsche Armee als Stoßtrupp gegen das sozialistische Lager zu schaffen. Nach der Gründung der Bundesrepublik liefen die Kriegsvorbereitungen bereits auf Hochtouren. Im August 1950 bot Adenauer den USA deutsche Truppen für den Korea-Krieg an. 1951 produzierten die ersten Rüstungsbetriebe, bereits 140 000 Mann starker Polizeikräfte standen unter Waffen; 1953 existierten 400 Rüstungsbetriebe.

Schon ein Jahr nach der Gründung des Bonner Spalterstaates richtete die Adenauer-Regierung das Amt eines „Beauftragten für alle Fragen, die mit der Verstärkung der alliierten Besatzertruppen zusammenhängen" ein, der Vorläufer des späteren Kriegsministeriums.

Bei der Debatte um die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" wurde massive antikommunistische Hetze betrieben, um die friedliebende Bevölkerung auf einen neuen Waffengang gen Osten einzustimmen.

Als die drei Westmächte im Jahre 1955 der Bonner Regierung offiziell die Erlaubnis zur Wiederaufrüstung erteilten, waren die Weichen längst in Richtung Krieg gestellt.

Am 7. Juli 1955 wurde die allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt; am 25. März 1958 forderte der Bundestag mehrheitlich Atomwaffen für Westdeutschland. Die Bourgeoisie hatte ihre Kriegsmaschine wieder.





Militärschikanen im Eifel-Hunsrück-Gebiet

Proteste gegen Fluglärm wachsen

Volkskorrespondenz aus Trier

Die bürgerlichen Politiker im Bereich Eifel-Hunsrück kommen nicht mehr darum herum, zu den zunehmenden Belastungen der Bevölkerung durch den Fluglärm Stellung zu nehmen. Auch in den bürgerlichen Zeitungen wird immer häufiger darüber berichtet.

Besonders die Städte und Gemeinden in der Nähe der zahlreichen Militärflughäfen — US-amerikanischen wie bundesdeutschen — leiden unter den Übungs- und Aufklärungsflügen. Am 10. Juni, dem Tag der Europa- und rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen, wurden im Kreis Bad Kreuznach sogar zwei Gemeinden aufgelöst: Pferdsfeld und Eckweiler. Knapp tausend Bewohner müssen den Düsenmaschinen, müssen den Kriegsübungen der NATO-Herren weichen.

Von den Düsenjägerpiloten werden immer öfter die Bestimmungen für die Lärmschutzzonen durchbrochen. Man muß zudem damit rechnen, daß einem einmal ein solcher Donnervogel auf den Kopf fällt. Abstürze hat es in dieser Gegend schon wiederholt gegeben: In Idar-Oberstein ging ein Starfighter letztes Jahr in unmittelbarer Nähe eines Kindergartens nieder; in Oberthal (Nordsaarland) stürzte eine Maschine mitten ins Dorf. Die Bewohner warten noch heute auf ihre Entschädigung.

Die Grenzen des Zumutbaren sind für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete schon längst überschritten. Die zuständigen Behörden werden mit einer Flut von Protesten und Beschwerden bombardiert: in der letzten Zeit tauchen auf Verkehrsschildern und Plakatwänden auch immer häufiger Parolen gegen den Fluglärm auf. Die Unruhe unter der Bevölkerung hat mittlerweile auch verschiedene Politiker „aktiviert". Einzelne Landräte mußten sich an das Verteidigungsministerium und an das Kölner Luftwaffenamt wenden. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Will-Feld sah sich zum Beispiel veranlaßt, noch einmal die Bestimmungen des Fluglärmgesetzes von März 1971 zu erläutern. Doch die Erläuterungen dieses Herrn waren eine einzige Unverschämtheit. So erklärte er, daß Hausbesitzer keinen Anspruch auf Kostenerstattung haben, wenn sie zusätzliche Schallschutzmaßnahmen an ihren Häusern treffen. Die Kosten können bei einem kleineren Haus, in dem eine Familie wohnt, bis zu 30000 Mark betragen.

Die Bevölkerung im Raum Eifel-Hunsrück kann auf lange einschlägige Erfahrungen mit dem Militarismus zurückblicken. Sie litt unter den Kriegsereignissen der verschiedenen deutsch-französischen Kriege; ihr Gebiet diente als Aufmarschgebiet der verschiedenen preußischen und deutschen Armeen. Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg mußten zahlreiche Gemeinden den Truppenübungsplätzen weichen. Als Musterbeispiel kann die Aussiedlung der Bauern in der Umgebung von Baumholder vor dem Zweiten Weltkrieg genannt werden. Übten damals dort die Soldaten Hitlers, so heute die der USA und der Bundesrepublik.

„Terroristen"fahndung im Marburger Hauptbahnhof

„Polizei — Ihren Personalausweis!"

Volkskorrespondenz aus Marburg

Es war am 4. Juli, man brauchte etwas später zur Arbeit. Die Sonne schien, es versprach ein schöner Tag zu werden. Man hatte noch etwas Zeit, in die Zeitungen zu sehen, las die Balkenüberschriften, „Verjährungsdebatte ohne Polemik", „CDU findet sich mit Strauß ab", „Strauß zufrieden über das klare Votum" und schließlich „Polizei glaubt an wichtigen Schlag gegen Terrorismus, 50000 Mark für Hinweis auf Terroristen-Wohnung". Der Leser konnte dem Artikel unter anderem entnehmen: „Eine bundesweite Großfahndung nach Terroristen hat die Polizei gestern abend eingeleitet. (...) Für die Großfahndung seien alle Maßnahmen getroffen worden, um Hinweise aus der Bevölkerung zügig bearbeiten zu können, die die Festnahme von Terroristen, die durch öffentliche Fahndung aufgeschreckt werden, erleichtern sollen"!

Daß **ich** wenig später in diese Fahndungsmaßnahmen geraten würde, wußte ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Steige also unbeschwert in den Bus und fahre zum Bahnhof, gehe durch eine der beiden Eingangstüren. Als ich zwei oder drei Schritte getan hatte, springt mir ein junger Mann, blaue Jeanshose, helle Strickjacke, längere Haare, zur Seite und ruft: „Polizei, Personalausweis!" und hält mir etwas vor die Nase mit einem Bild, ich kann nichts Genaueres erkennen. Was ich in diesem Moment empfinde? Überhaupt nichts. Ich greife mechanisch in die Jackentasche, in der ich meinen Personalausweis habe, gebe ihn dem Polizisten. Erst jetzt merke ich, daß ich von zwei weiteren Personen umringt bin, einem weiteren schlanken Typen, helle Hose, dunkle Strickjacke, längere Haare, der dritte kam aus der Ecke hinter der Eingangstür, fett, dunkelblauer Jeansanzug, schwarzer Lockenkopf, der Polizeityp der Jeansgeneration, in der einen Hand hat er ein Funksprechgerät. Er verzieht sich mit dem Personalausweis wieder in die Ecke. Ich höre nur noch meinen Namen und die Personalausweisnummer.

Nun fixiere ich den Polizisten, der mich angesprochen hatte. Denke mir, also das ist ein Polizist, sieht gar nicht so aus, ganz schön modern rausgemacht. Irgendwo muß der doch seine Knarre haben, suche ihn mit den Augen ab. Da entdecke ich sie auch schon, sie steckt im Hosenbund; klein und handlich lugt sie unter der Strickjacke hervor. Oder ist es etwas anderes? Eine schwarze Schuhputzbürste wird es wohl kaum sein, oder?

Nun sehe ich vorsichtig zur Seite und entdecke schließlich auf der gegenüberliegenden Seite ein zweites Greifkommando. Das gleiche Bild, ein Polizist, fett, Halbglatze, lange, blonde Koteletten, heller Anzug, mit einem Funksprechgerät in der Hand, so wie man sich den fiesen typischen Polizisten vorstellt. Um ihn herum zwei junge Nachwuchspolizisten, der eine — wie es der moderne Herr trägt — kleines Täschchen in der Hand. Im Nachhinein würde ich sagen: zwei Zuhältertypen. Ich bekomme meinen Personalausweis mit den lakonischen Worten: „Ist erledigt" zurück, gehe einige Schritte weiter in den Bahnhof und entdecke am Nebeneingang das dritte Greifkommando, ein Bahnpolizist ist dabei. Was mir besonders auffällt: ein fetter Polizist, Halbglatze, dunkle Kleidung. Innerhalb von 25 Minuten werden vier Menschen aufgegriffen. Gemeinsames Merkmal: Es sind junge Männer, tragen zum Teil einen Bart bzw. längere Haare. Die drei Greifkommandos im Hauptbahnhof verhalten sich recht mobil, das eine hält sich gelegentlich vor dem Bahnhof auf, dann wieder drinnen. Die beiden am Haupteingang schlagen gelegentlich zu, alle drei halten untereinander Kontakt.



Terroristenfahndung: Verdächtig kann jeder sein.

Die von der Schnüffelpraxis der Polizei Betroffenen finden sich später auf dem Bahnsteig wieder, sprechen miteinander. Auch im Zug sitzen sie beieinander. Sie geben ihre Eindrücke wieder. Ich bin ziemlich durcheinander, muß mich anstrengen, das Gesprochene mitzubekommen. Haß auf die Polizei artikuliert sich, eigene bisherige Erfahrung mit der Unterdrückungspraxis der Polizei werden wiedergegeben (Kontrollen und kurzzeitige Inhaftierung an den Grenzen etc.). Es fällt das Wort „Folterknechte". Es taucht der Gedanke auf, daß das doch kein Zufall sein kann mit der Kanzlerkandidatur von Strauß, muß wohl System dahinterstekken. Im Nu sind 20 Minuten vergangen, man ist am Zielort angekommen und geht auseinander.

Während der Arbeit muß ich mich zusammennehmen, aber nach Feierabend schießen mir wieder die Geschehnisse des Tages durch den Kopf. Am Bahnhof spähe ich instinktiv nach Polizisten. Im Zug, als der Schaffner zum zweiten Mal meine Fahrkarte sehen will, werde ich ungehalten. Er legt mir beruhigend die Hand auf meine Schulter. Zu Hause angekommen, bin ich nicht fähig, etwas Vernünftiges zu machen. Gehe auf einen Sprung zu Bekannten und erzähle und erzähle. Rufe einen Kollegen an, berichte. Er sagt: „Wir müssen uns in ein paar Tagen, wenn ich mehr Zeit habe, mal unterhalten", und spricht von seinen eigenen Erfahrungen mit der Polizei.

...Bei allem wünscht man sich, daß die Partei auch in Marburg den Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus in Angriff nimmt, um den Herrschaften es langfristig heimzuzahlen.

Nach dem Sturz Somozas

Was ist los in Nicaragua?

Zur politischen Linie der Sandinistas

Der Diktator Somoza ist verjagt, und auch die jämmerlichen Versuche seines Nachfolgers, das Somoza-Regime ohne Somoza fortzusetzen, sind gescheitert. Die breiten Volksmassen haben die Diktatur in einem machtvollen bewaffneten Kampf hinweggefegt. Doch wie geht es weiter? Warum haben die USA-Imperialisten, die Hintermänner Somozas, die Sandinistas so schnell anerkannt? Um was für eine politische Kraft handelt es sich eigentlich bei der Sandinistischen Front? Diese und ähnliche Fragen bewegen die fortschrittliche Öffentlichkeit. Mit dem Abdruck eines Interviews der Zeitung „Vanguardia obrera" mit Genossen der „Bewegung der Volksaktion von Nicaragua" (MAP) wollen wir einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen leisten. Es folgt der erste Teil des Interviews (es wurde kurz vor Somozas Sturz gemacht):

Die Bewegung der Volksaktion ist die Organisation für den Aufbau der Kommunistischen Partei Nicaraguas (Marxisten-Leninisten). Sie wurde 1972 gegründet und hat damals ihre ideologische und politische Linie ausgearbeitet. Ideologisch sind wir eine marxistisch-leninistische Partei, deren Philosophie der dialektische und historische Materialismus ist. Was die Politik betrifft, so entspricht unser Maximalprogramm dem Kampf für Sozialismus und Kommunismus. Unser Minimalprogramm ist der revolutionäre Sturz des Somoza-Regimes, die nationale Befreiung und soziale Revolution, die Bildung eines volksdemokratischen Staates, der die Grundlagen für den Sozialismus legen soll.

Die MAP hat von 1972 bis 1978 eine umfangreiche Organisationsarbeit unter den werktätigen Massen geleistet. Sie führte von 1975 bis 1977 eine Kampagne gegen den Einfluß des Revisionismus in der Arbeiterbewegung durch. Sie schuf eine nationale Organisation und wurde zu einer wichtigen politischen Kraft in der revolutionären Bewegung. Gegenwärtig führt sie einen Kampf zur Verteidigung der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Es gilt zu verhindern, daß das Proletariat ins Schlepptau prosowjetischer oder proamerikanischer Strömungen gerät.

In Nicaragua entwickelt sich ein äußerst komplizierter Prozeß des revolutionären Kampfes. Es gibt verschiedene Strömungen, die die Interessen der verschiedenen Klassen vertreten und die sich untereinander bekämpfen. Allen gemeinsam ist der Versuch, dem Proletariat ihre politische Führung aufzuzwingen.

In dieser komplizierten Situation stellt sich der MAP die Aufgabe, das Proletariat und die breiten Volksmassen zur Weiterführung der Revolution in unserem Lande zu führen. Wir müssen dafür sorgen, daß die revolutionäre Bewegung die Begrenztheit des Kampfes **nur** gegen Somoza überwindet. Sie muß sich zur Befreiung vom Imperialismus und zur sozialen Revolution hinwenden.

Die oben angesprochenen verschiedenen Klasseninteressen finden ihren Ausdruck in verschiedenen organisierten politischen Strömungen, vor allem in den drei „Frentes Sandinistas de Liberacion Nacional" (FSLN); in Wirklichkeit ist die sandinistische Front keine einheitliche Organisation.

Am Anfang stand eine einheitliche FSLN, die völlig prosowjetisch war. 1975 spaltete sich eine Gruppe ab, die „proletarische Richtung" genannt wurde und sich weiter als FSLN bezeichnete. Zunächst schien es so, als ob sie marxistisch-leninistische Positionen annehmen würde. Aber aufgrund ideologischer und organisatorischer Schwächen verließ sie diesen Weg und landete Ende 1977 wieder auf prosowjetischen Positionen.

Weiter gibt es eine sandinistische Strömung, die sich selbst „die Aufständischen" nennt. Das Volk nennt sie „Tercerista" (was soviel wie „dritte Kraft" heißt). Innerhalb dieser „Tercerista" gibt es wiederum im wesentlichen drei Strömungen, die sich gegenseitig bekämpfen. Da ist einmal die patriotische Strömung, die sich auf die Mehrheit der Mitglieder stützen kann. Sie ist gegen Somoza und den hinter ihm stehenden Imperialismus und umfaßt viele revolutionäre Kräfte. Eine zweite Strömung ist prokubanisch und prosowjetisch; ihre Aufgabe ist es, dem russischen Sozialimperialismus den Weg zu ebnen. Die dritte Strömung schließlich ist mit der lateinamerikanischen Kompradorenbourgeoisie verbündet, vor allem mit der in Mexiko, Venezuela, Panama und Costa Rica. Sie sind offene Parteigänger der USA-Imperialisten und wollen Somoza vor dem Sturz bewahren.

Die MAP beteiligt sich am Tercerista-Block mit einem klaren Programm. Sie betont die Notwendigkeit des offenen bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur. Der Kampf muß bis zum Sturz des Somoza-Regimes und der Errichtung einer Regierung der nationalen Einheit mit allen Kräften, die gegen Somoza gekämpft haben, geführt werden. Die MAP hebt die Notwendigkeit des konsequenten Kampfes besonders deshalb hervor, weil es Kräfte gibt, die kaum in Opposition gegen Somoza gestanden haben, die ihn nicht aktiv bekämpft haben und die sich dennoch an der Bildung einer provisorischen Regierung beteiligten. Diese provisorische Regierung ist jedoch nur aufgrund des Kampfes der Terceristas und der Volksmassen möglich geworden. Die Kräfte, die sich im Kampf passiv verhielten, versuchen jetzt, die neue Regierung auf proimperialistischem Kurs zu halten.



Die Volksstreitkräfte des Tercerista-Blocks, an dem sich auch die marxistisch-leninistischen Genossen der MAP beteiligen, stehen an der Spitze des bewaffneten Kampfes gegen Somoza und den Imperialismus.

Die MAP fordert eine Regierung der patriotischen Einheit. Sie wird einen breiten Prozeß des ideologischen und politischen Kampfes innerhalb der Volksmassen entfachen, um sie auf richtige Positionen zu bringen, um so den revolutionären Prozeß voranzutreiben. So wollen wir den Weg bereiten für die Errichtung eines volksdemokratischen Staates, der die Grundlagen für unser Maximalprogramm legt: Sozialismus und Kommunismus.

Die MAP verheimlicht ihr Maximalprogramm niemals vor den Massen. Es sind die drei sandinistischen Blöcke, die nicht über den Kampf gegen Somoza hinausgehen und nicht über die Zeit nach Somoza reden. Ohne Zweifel ist dies ein bewußtes Manöver, um Verwirrung zu stiften und von ihr zu profitieren. Dadurch wird die entscheidende Rolle unserer Arbeit, unserer marxistisch-leninistischen Propaganda klar: Wir müssen alle opportunistischen und reaktionären Strömungen schlagen, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen Somoza den Kampf der Massen bremsen wollen, um ihn ihren eigenen Interessen unterzuordnen. Die Fahne des Kampfes gegen Somoza tragen sowohl die Kräfte, die auf der Seite des Imperialismus stehen, die oppositionelle Bourgeoisie, als auch wir, die Marxisten-Leninisten. Aber die Klasseninhalte sind sehr verschieden.

Unsere Partei bleibt mit dieser Linie nicht allein bei der Theorie oder bei allgemeinen Erklärungen stehen. Sie führt die Anti-Somoza-Volksmiliz, eine militärische Organisation zum Kampf gegen die Diktatur. Die Milizen begannen zu kämpfen, als der Bürgerkrieg im ganzen Land auf der Tagesordnung stand. Vorher hatte die Partei das Schwergewicht der Arbeit auf die politische und organisatorische Arbeit unter den Arbeitermassen, den Bauernmassen, den Studenten und den anderen Teilen des Volkes gelegt. Die FSLN kämpft seit 1962 mit der Waffe in der Hand. Bis 1978 ging dieser Kampf nicht über einen terroristischen, individuellen Kampf einer Gruppe gegen die Diktatur hinaus. Erst ab 1978 hat sich die Situation in unserem Land geändert. Ein offener Bürgerkrieg hat sich entwickelt. Die MAP, die sich bereits auf militärischem Gebiet gestärkt hatte mit der Perspektive, eigene bewaffnete Einheiten zu schaffen, schuf die bewaffneten Anti-Somoza-Streitkräfte. Die MAP ist so, abgesehen von den Sandinisten, die einzige Organisation mit eigenen bewaffneten Kräften.

(Wird fortgesetzt)

In Stichworten:

In Nicaragua existieren drei sandinistische Fronten mit sehr verschiedenen Klasseninteressen.

*****

Sie wollen den Kampf des Volkes auf einen Kampf nur gegen Somoza beschränken, ohne weitergehende Perspektive.

*****

Die früheren Verbündeten Somozas — vor allem die USA-Imperialisten — haben ihm ihre Unterstützung entzogen und sind auf der Suche nach einer Lösung durch einen Wechsel, der ihre Interessen nicht antastet.

*****

Das Ziel der MAP ist, den revolutionären Kampf des Volkes voranzutreiben für einen volksdemokratischen Staat, der den Weg zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus eröffnet.

Albaner in Jugoslawien — eine unterdrückte Minderheit

Im Vielvölkerstaat Jugoslawien gibt es neben Serben, Kroaten und anderen Völkern auch eine nationale Minderheit von Albanern. Die formell autonome Provinz Kosovo ist überwiegend von Albanern bewohnt; weitere Gebiete mit überwiegend albanischer Bevölkerung gibt es außerdem in Mazedonien und Montenegro. Die Lage der Albaner wird von der Belgrader Zentralregierung in rosigen Farben gemalt, angeblich gehe es den Albanern in Jugoslawien besser als in der benachbarten Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Das spiegelt sich mittlerweile auch in westdeutschen Medien wider.

Im folgenden Artikel, der sich auf Angaben der Aprilausgabe der albanischen Monatszeitschrift „Ylli" stützt, wollen wir über die tatsächliche Situation der albanischen Minderheit in Jugoslawien berichten:

Die jugoslawische Provinz Kosovo, in der eine nationale Minderheit von Albanern beheimatet ist, ist sehr reich an Bodenschätzen. Die bis jetzt entdeckten Kohlevorräte machen etwa 64 Prozent der gesamten jugoslawischen Kohlereserve aus. Weiter verfügt Kosovo über 24 Prozent der Eisen- und Nickelvorräte Jugoslawiens, 67 Prozent der Blei- und Zinkreserven und 28 Prozent der jugoslawischen Manganvorräte. Eine denkbar günstige Voraussetzung, auf dieser Grundlage eine leistungsfähige Industrie aufzubauen. Doch nichts dergleichen passiert.

Nach dem Willen Belgrads, der in Kosovo Gesetz ist, wandern die Erze in andere jugoslawische Republiken; die Fertigprodukte müssen die Albaner in Kosovo für teures Geld kaufen. Obwohl Kosovo einer der größten Stromproduzenten Jugoslawiens ist, kommt es der albanischen Bevölkerung nicht zugute. Zwei Drittel der elektrischen Energie werden ausgeführt, und in Kosovo sind wegen Stromversorgungsschwierigkeiten erst neun von 22 Verwaltungskreisen an das Stromnetz angeschlossen.

In der Landwirtschaft ist es nicht anders. Der Großteil der Erzeugnisse aus Ackerbau und Viehzucht kommt nicht den Kosovo-Albanern zugute. Er wird außerhalb der Region Kosovo verarbeitet. Im Oktober 1978 konnte man in der Presse Kosovos lesen: **„In Kosovo fehlt weizenverarbeitende Industrie. Die anderen Republiken kaufen das Mehl für vier bis fünf Dinar pro Kilogramm auf und verkaufen es uns zehnmal teurer in Form von Biskuits, Makkaroni etc."**

An dieser Art des Handelsaustausches wird deutlich, daß sich hinter dem jugoslawischen „Selbstverwaltungssozialismus" ein kapitalistisches Ausbeutersystem verbirgt, unter dem auch die Kosovo-Albaner zu leiden haben. Das Großkapital, das sich auf die nördlichen Republiken konzentriert, investiert nur in Sektoren, die der Wirtschaft Kosovos keinerlei Nutzen bringen. Kosovo ist gewissermaßen der Selbstbedienungsladen des Großkapitals.

Ein Blick auf das Pro-Kopf-Einkommen der Kosovo-Albaner, das zu dem niedrigsten in Jugoslawien gehört, zeigt eine der schwerwiegenden Folgen dieser ausbeuterischen und diskriminierenden Politik. 1957 war das Pro-Kopf-Einkommen nur halb so groß wie das des „Durchschnittsjugoslawen"; 20 Jahre später, 1977, war es sogar auf 33 Prozent geschrumpft. Diese Zahlen machen deutlich, daß der albanische Werktätige in Kosovo nicht nur der „normalen" Ausbeutung durch die Tito-Clique unterworfen ist wie alle anderen jugoslawischen Werktätigen auch, sondern daß er durch die zusätzliche nationale Diskriminierung doppelt zu leiden hat.

90 Prozent der in die Wirtschaft Kosovos investierten Geldmittel kommen von jugoslawischen und ausländischen Banken. Nur 7,7 Prozent der Investitionen kommen aus dem Nationaleinkommen Kosovos. Tito betreibt einen systematischen Ausverkauf Kosovos an das Großkapital des Nordens und vor allem an das Auslandskapital. Das Geld wird selbstverständlich nur in profitable Projekte investiert wie zum Beispiel den Tourismus und kommt keineswegs dem Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft zugute.

Kosovo befindet sich fest im Würgegriff des auswärtigen Kapitals und muß sich diskriminierende Handelsbedingungen aufzwingen lassen. Während die Preise der Industrieprodukte, die nach Kosovo eingeführt werden, laufend steigen, muß Kosovo bei der Ausfuhr seiner Produkte die Preise stabil halten. Der Unterschied zu den anderen Provinzen wächst, die Abhängigkeit wird größer und damit auch der Grad der Ausbeutung, was wiederum die Unterschiede zu anderen Regionen, die sich an Kosovo mästen, vergrößert; ein Teufelskreis, der nur durch den Sturz des Kapitalismus zu durchbrechen ist.

Kosovo verfügt über fruchtbares Land, hat fleißige Bauern und eine gute landwirtschaftliche Tradition. Trotzdem steckt die Landwirtschaft in einer Krise von geradezu katastrophalem Ausmaß. Obwohl über die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet, wird auf diesem Sektor nur 20,9 Prozent des Sozialprodukts erwirtschaftet. 1978 mußten Tausende von Tonnen Mais eingeführt werden, um den Bedarf der Bevölkerung zu befriedigen. Auch in diesem Bereich unternimmt die jugoslawische Zentralregierung nichts, um der Krise Herr zu werden. Während im jugoslawischen Durchschnitt auf 700 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche drei Spezialisten für Agrarfragen kommen, ist es in der Region Kosovo nur einer.

Die Arbeitslosigkeit ist für alle Arbeiter Jugoslawiens ein schlimmes Problem. Während einer von vier bis sechs Serben immerhin noch Arbeit findet, sieht das Verhältnis bei der albanischen Minderheit noch um vieles ungünstiger aus. Auf 18 Albaner kommt ein Arbeitsplatz. Die Mehrheit der albanischen Arbeitslosen, etwa 70 Prozent, sind jünger als 30 Jahre. Ein Großteil von ihnen sind Facharbeiter; es sind junge Männer, die den Mittel- oder Oberschulabschluß gemacht haben. Die Gemeinde Tetova in Mazedonien ist berühmt für die große Anzahl der arbeitslosen Albaner (ca. 4 500). Gleichzeitig werden mazedonische Arbeiter von weit entfernten Gegenden hergeholt und finden sofort Anstellung.

Aufgrund dieser hohen Arbeitslosenziffer und der gesamtwirtschaftlichen Lage konnten viele in Jugoslawien lebende Albaner nicht mehr ihre Familien ernähren und waren gezwungen, im Ausland zu arbeiten. Aus wirtschaftlichen Gründen mußten bereits 100 000 Kosovo-Albaner ihre Heimat verlassen; 40 000 gingen in eine andere jugoslawische Region, 60 000 nach Westeuropa.

Die albanische Minderheit in Jugoslawien hat doppelt zu leiden; unter dem wiedererrichteten Ausbeutersystem und unter dem Haß Titos auf jene Albaner, die in Freiheit und Wohlstand leben, die Staatsbürger der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

Die Arbeiter- und

Auf Einladung der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit" bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen" sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Er sah sich im Lande um, in der Ebene und in den Bergen; er besuchte Städte, Dörfer, Fabriken, landwirtschaftliche Betriebe, Schulen; er nahm an Betriebsversammlungen teil; er sprach mit Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Volksintelligenz, mit Kommunisten und parteilosen Werktätigen. Von seiner Reise brachte er eine Fülle von Eindrücken, Erinnerungen, Fotos mit nach Hause: Material für die Reportagen, die wir im „Roten Morgen" abdrucken.



Reisereportage SVR ALBANIEN



Der Verfasser der Albanienreportage (2. v. r.) mit albanischen Arbeitern

In einem der großen und hellen Räume des Kulturpalastes von Durres begegne ich den Vertretern einer Einrichtung, für die man in der heutigen Welt, aber auch in der Geschichte vergebens Entsprechendes suchen würde: Es handelt sich um die Arbeiter- und Bauernkontrolle. Vier Kollegen aus verschiedenen Betrieben der albanischen Hafenstadt sind es, drei Arbeiter und eine Arbeiterin, alle vier gestandene Leute so um die vierzig Jahre, die mir gemeinsam mit einem Sekretär des Parteikomitees von Durres über ihre ungewöhnliche Tätigkeit berichten wollen.

Natürlich hatte ich vorher schon einiges über diese in Albanien entwickelte Form der sozialistischen Demokratie gehört. Trotzdem bin ich überrascht, als mir die Genossen als erstes sagen, daß sie nur vier von 6 600 sind. So groß ist nämlich die Zahl der Mitglieder in den verschiedenen Kontrollgruppen allein im Bezirk Durres. So scheint die Arbeiter- und Bauernkontrolle weniger eine Institution als vielmehr eine richtige Massenbewegung zu sein.

Und was sind ihre Aufgaben? Nun, wie der Name sagt: Erstens bestehen die Gruppen aus Arbeitern und Bauern — und zwar ausschließlich —, Angehörige der Volksintelligenz, etwa Kader der verschiedenen Ebenen, können sich grundsätzlich nicht daran beteiligen. Und zweitens führen diese Gruppen Kontrollen durch, und zwar überall — in den Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften wie im Staatsapparat, im Handelswesen, in den Krankenhäusern oder in den Schulen. Wo immer etwas faul ist in Albanien, kann man sicher sein, daß über kurz oder lang — und meistens sehr schnell — die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Aktion tritt und den Dingen auf den Grund geht.

„Zwei hauptsächliche Aufgaben verfolgen wir mit dieser Einrichtung", sagen die Genossen. „Zum einen tragen wir aktiv dazu bei, alles das zu bekämpfen und auszumerzen, was dem sozialistischen Staat, was der Partei entgegensteht. Denn wir, die Arbeiter und Bauern, sind die Herren des Landes. Es ist unser Staat und unsere Partei. Deshalb müssen wir allen bürgerlichen Erscheinungen gegenüber, wie dem Bürokratismus, dem Liberalismus, der Raffgier einzelner usw. äußerst wachsam sein. Wären wir es nicht, würde es in unserem Land genauso ergehen wie der Sowjetunion, wo die Revisionisten die Macht an sich gerissen haben.

Das zweite Ziel unserer Tätigkeit, was mit dem ersten eng zusammenhängt, ist folgendes: Die Arbeiter- und Bauernkontrolle ist eine große Schule für die massenhafte Teilnahme der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern an der Regierung und Verwaltung; faktisch beteiligen sich durch diese Einrichtung Zehntausende unmittelbar an der Leitung des gesamten Lebens unseres Landes."

Die Wahl

Wie entsteht eine solche Kontrollgruppe? Die Basis dafür sind immer die Arbeiter eines Betriebes oder die Bauern einer Genossenschaft. Die Genossin Dodona erläutert mir das am Beispiel ihrer Fabrik. Die Arbeiter treten zusammen und wählen diejenigen Kollegen, die sie für die besten halten. Die Vorschläge dafür kommen aus den Reihen der Arbeiter selbst. Dann wird darüber diskutiert, wobei die Genossen der Partei in der Debatte darauf hinwirken, daß die Gruppen auch möglichst ausgewogen sind, also, daß Männer und Frauen, Parteimitglieder und Parteilose, jüngere und ältere Arbeiter darin vertreten sind.

Es werden für die Gruppen übrigens auch Rentner vorgeschlagen. In Albanien wird der pensionierte Arbeiter nicht einfach abgeschrieben. Er nimmt weiter am gesellschaftlichen Leben teil, und in den Betrieben versichern sich die Kollegen gerne der Erfahrung solcher älterer Arbeiter für die schwierige Arbeit in den Kontrollgruppen. Wenn die Debatte über die Vorschläge abgeschlossen ist, wird gewählt. Und zwar geht das nach dem Grundsatz, daß jedes Jahr ein Drittel der Gruppe neu gewählt wird, um möglichst viele Arbeiter in die Kontrolltätigkeit einzubeziehen.

Und noch etwas: Die Arbeiter wählen nicht nur ihre Kontrollgruppen für den eigenen Betrieb. Sie bestimmen auch, je nach der Größe des Werks, einen oder mehrere Kollegen für die Kontrollgruppe beim Parteikomitee. Während die erste Gruppe sich in ihrer Tätigkeit hauptsächlich auf den eigenen Betrieb beschränkt, wird die zweite — der Arbeiter und Bauern aus dem ganzen Bezirk angehören — dann aktiv, wenn irgendwo besonders große Probleme auftauchen, oder auch dann, wenn es um eine Kontrolle im Staatsapparat oder auch in anderen Bereichen geht, die nicht unmittelbar zur Produktion gehören.

Kontrollen in der Produktion und im Handel

Ein Beispiel dafür erzählt der Genosse Qemal, der dieser Gruppe vom zweiten Typ angehört. Er ist Mechaniker in einer Zigarettenfabrik in Durres. Und die Kontrolle, von der er berichtet, wurde in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft durchgeführt. Die Gruppe ist dort aufgetaucht, unangemeldet natürlich, denn das gehört zu den ehernen Prinzipien ihrer Tätigkeit. Sie hat sich als erstes mit den Mitgliedern der örtlichen Bauernkontrolle getroffen. Und dann ist man gemeinsam an die Untersuchung gegangen. Im Blickfeld der Genossen stand vor allem die Maschinen- und Traktorenstation der Genossenschaft. Und sie haben auch eine Reihe von ernsten Mängeln festgestellt. Da mußten zum Beispiel defekte Traktoren stundenlang stilliegen, weil nicht gleich Ersatzteile da waren. Auch die Auslastung der Maschinen war nicht befriedigend. Solche und andere Mängel haben die Kontrolleure aufgelistet, und sie haben auch gleich Anweisungen für ihre Beseitigung gegeben. Für die Reparaturen von Traktoren zum Beispiel wurden bestimmte Fristen festgesetzt, die künftig einzuhalten werden müssen.

Die Genossin Dodona hat mit ihrer Gruppe eine Kontrolle im Handel vorgenommen. Das ist eine sehr umfangreiche Untersuchung gewesen. Denn man hat geprüft, ob die Läden rechtzeitig öffnen, ob das Warenangebot ausreichend ist, ob die hygienischen Bestimmungen eingehalten werden usw. usf. Aber was das Herausfinden von kritischen Punkten betrifft, war die Gruppe durchaus nicht nur auf die eigenen Untersuchungen angewiesen. Sie hat sich zum Beispiel die Bücher vorgenommen, die in allen Läden bereitliegen, damit die Kunden hier ihre kritischen — oder auch lobenden — Bemerkungen niederschreiben können. Auch unter den vielen Briefen, die regelmäßig aus der Bevölkerung an das Parteikomitee gehen, war einiges Material, das die Gruppe interessiert hat. Und schließlich gibt es in den Stadtteilen oft Versammlungen, auf denen über die Fragen des Handels diskutiert wird. Dort sind übrigens stets auch verantwortliche Kader der Handelsorganisation anwesend, die vor den Konsumenten Rechenschaft ablegen müssen. Auch die Erfahrungen aus diesen Versammlungen hat die Gruppe notiert.



„Die Arbeiter- und Bauernkontrolle ist eine große Schule für die massenhafte Teilnahme der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern an der Regierung und der Verwaltung; faktisch beteiligen sich durch diese Einrichtung Zehntausende unmittelbar an der Leitung des gesamten Lebens unseres Landes."

Und das Ergebnis der Kontrolle, sagt Dodona, sei eigentlich sehr gut gewesen. Es gab nur einige kleinere Beanstandungen. Zum Beispiel waren in einem Lager Olivenölfässer direkt neben Mehlsäcken aufbewahrt. Bei diesen Mängeln hat die Gruppe gleich Anweisungen für die Beseitigung gegeben. Aber sonst konnte man merken, daß sich die Genossen vom Handel alle Mühe gegeben hatten, den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung gerechtzuwerden.

Einigermaßen problemlos war auch die Kontrolle, von der Haxhi berichtet. Er ist Arbeiter in einem Gummiwerk und hat mit seiner Gruppe Untersuchungen in diesem Betrieb angestellt. Dabei sind die Kollegen auf ein Verschwendung von Material für die Gummiproduktion gestoßen. In den Säcken mit den Rohstoffen war immer ein großer Rest zurückgeblieben. Die Sache wurde gleich an Ort und Stelle gelöst. Die Kontrollgruppe trommelte die ganze Belegschaft der Abteilung zusammen. Und dann wurde über die Mängel diskutiert. „Aber nicht so", sagt Haxhi, „daß wir von der Arbeiterkontrolle nun gesagt hätten: 'Ihr habt hier großen Mist gebaut, seht zu, daß ihr das schleunigst ändert.' Wir haben vielmehr in die Diskussion den politischen Gesichtspunkt hineingebracht. Wir haben erklärt, wie wichtig die vollständige Ausnutzung der Rohstoffe unter den Bedingungen der Blockade durch die kapitalistischen und revisionistischen Länder ist. Es ist doch so, daß wir unsere sozialistische Wirtschaft völlig auf die eigenen Kräfte gestützt aufbauen. Und da können wir uns nicht die geringste Verschwendung erlauben."

Das Ergebnis der Debatte war, daß alle Beteiligten dieser logischen Schlußfolgerung zustimmten. Aber natürlich war es nicht etwa so, daß diese von der Arbeiterkontrolle vorgebrachten Gesichtspunkte für die Belegschaft dieser Abteilung neu gewesen wären. Jedem einzelnen war die Notwendigkeit des sorgfältigen Umgangs mit den Rohstoffen auch vorher klar gewesen. Nur, in der alltäglichen Praxis war dann doch eine gewisse Schlamperei eingerissen. So diente hier die Kontrolle auch dazu, das Bewußtsein der Belegschaft zu schärfen und sicherzustellen, daß die Dinge, von deren Notwendigkeit man allgemein überzeugt ist, auch tagtäglich wirklich getan werden.

Ein schwieriger Fall

Ein weitaus schwierigerer und nicht alltäglicher Auftrag für die Arbeiter- und Bauernkontrolle des Bezirks Durres war die Untersuchung im Werk für die Gewächshäuser-Produktion. Dieser Betrieb ist ein Schlüsselstellung in Albanien. Er ist der einzige seiner Art und bei der stürmischen Entwicklung der Landwirtschaft ist der Bedarf an Gewächshäusern sehr groß. Der Betrieb aber schaffte es einfach nicht, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Materialien wurden schlecht ausgenutzt, man kam mit den Plänen in Rückstand. Nach einer langen und gründlichen Untersuchung der Situation in diesem Werk kam die Arbeiter- und Bauernkontrolle zu der Schlußfolgerung, daß hier auch drastische personelle Konsequenzen gezogen werden müßten. Ihre Forderung: der Direktor, der Chefingenieur und der Planungschef sollten abgesetzt werden. Im Rahmen der Kontrolle sind übrigens auch zwei Minister aus Tirana gekommen, um sich anzuhören, was die Gruppe vorzubringen hatte. Das Ergebnis der verschiedenen Beratungen, die geführt wurden, war jedenfalls, daß den Forderungen der Kontrollgruppe entsprochen wurde.

Dieses Beispiel bringt mich zu der Frage, welche Befugnisse die Arbeiter- und Bauernkontrolle eigentlich hat. Kann sie denn so einfach hingehen und Leute absetzen? Eine wirkliche Kontrolle, sagen die Genossen, sei naturgemäß nur dann gegeben, wenn der betreffenden Gruppe nichts verborgen bleibe. Und so ist denn auch die Arbeiter- und Bauernkontrolle mit den gleichen Befugnissen ausgestattet wie die staatliche Revision. Das bedeutet, sie kann grundsätzlich die Bücher und alle anderen Unterlagen einsehen, sie kann alles untersuchen, was ihr notwendig erscheint, jeder ist ihr gegenüber zur Auskunft verpflichtet usw. Aber sie kann nicht irgendeinen Kader, der Fehler gemacht hat, einfach absetzen.

Nehmen wir einen Betriebsdirektor. Über seine Berufung oder Absetzung entscheiden im Einvernehmen mit der Partei die zuständigen Gremien des Staatsapparates. Allerdings nicht alleine. Denn eine solche Sache wird grundsätzlich in der Belegschaft diskutiert. Und sie muß der Entscheidung auch zustimmen. Tut sie es nicht, will sie zum Beispiel den Direktor nicht haben, dann kann er auch nicht seinen Posten einnehmen. Nichts läuft in Albanien ohne die Zustimmung der Massen. Die Arbeiter- und Bauernkontrolle kann in dieser Hinsicht also nur Vorschläge einbringen. In der Regel jedoch sind ihre

Bauernkontrolle in Aktion

Forderungen nach personellen Konsequenzen richtig. Und warum sollten dann die Beteiligten, die ja alle das gleiche Interesse haben, ihnen nicht entsprechen?

Hindernisse

Wenn die Kontrollgruppen an die Arbeit gehen, dann bemühen sie sich, ihre Tätigkeit so wirksam wie möglich zu gestalten. Sie gehen dabei nach folgender Faustregel vor: Erstens muß die Wahrheit vollständig aufgedeckt werden; zweitens müssen sofort Maßnahmen für die Beseitigung von Mißständen ergriffen und drittens muß dafür gesorgt werden, daß diese Maßnahmen auch durchgeführt werden. Die vier Genossen aus Durres verschweigen jedoch nicht, daß ihnen dabei manchmal ordentliche Steine in den Weg gelegt werden.

Die Wahrheit aufdecken — damit fängt es schon an. Da kommt eine Gruppe in den Betrieb, sie stellt Mängel fest, aber jeder versucht, sich zu rechtfertigen, einer schiebt die Verantwortung auf den anderen usw. „Oder", sagt Qemal, „die Untersuchung, die wir in der Maschinen- und Traktorenstation durchgeführt haben. Eine Frage dabei war der Treibstoffverbrauch der Traktoren. Es gibt bei den Traktoristen Genossen, die sparen durch gute Arbeit Tausende von Litern. Andere gehen sorgloser damit um und verschwenden den Sprit. Manche Kader haben nun die Tendenz, aus diesen beiden Faktoren eine Durchschnittsziffer zu machen. Die sieht dann sehr schön aus, alles ist normal. Tatsächlich aber ist hinter dieser Ziffer dann die Verschwendung von Treibstoff versteckt, die nicht sein dürfte."

Ein anderes Beispiel: In einem Fischfangbetrieb wurde der Plan nicht erfüllt, obwohl die Bedingungen gut waren. Als die Kontrollgruppe kam, wurde angeführt, daß man sehr lange mit Reparaturen beschäftigt war; dann fehlten Ersatzteile; schließlich gab es eine Grippewelle usw. usf. Manchmal aber ist es auch so, daß die Kontrollgruppe sich nicht mit einem Wust von Rechtfertigungen herumzuschlagen hat, sondern auf eine andere Form des bürokratischen Widerstandes stößt. Verbal findet sie volles Verständnis für ihre Beanstandungen, Selbstkritik wird geübt, in der Praxis jedoch ändert sich nichts.

Erziehung durch die Partei

Wie wird die Arbeiter- und Bauernkontrolle mit solchen Hindernissen fertig? Hier, sagen die Genossen, habe die Partei eine sehr wichtige Rolle. Man muß ja überhaupt sagen, daß die Arbeiterkontrolle nicht etwa die Kontrolle durch die Partei überflüssig macht. Die PAA ist und bleibt das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse zur Ausübung und Sicherung ihrer Herrschaft. Deshalb muß auch die Kontrolle durch die Partei allseitig und umfassend sein, sie muß die Regierung des Landes ebenso umfassen wie die Leitung des kleinsten Betriebes. Die Arbeiter- und Bauernkontrolle ist keine Konkurrenz dazu, sondern eine zusätzliche Form, in der die Arbeiterklasse ihre Herrschaft ausübt.

Und die Partei sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die Kontrollgruppen für ihre Tätigkeit zu rüsten. Nehmen wir nur einmal die fachliche Seite. Es liegt auf der Hand, daß eine Gruppe leicht am Widerstand von seiten des Bürokratismus scheitern wird, wenn sie — schlicht gesagt — keine Ahnung vom dem Bereich hat, den sie untersucht. Deshalb gehört eine intensive Schulung, eine allseitige Vorbereitung auf die Kontrolle zum festen Programm der Gruppen. Es werden Kurse über die Fragen der Produktion und der Verwaltung, über die Direktiven der Partei und die staatliche Gesetzgebung organisiert. Jede Gruppe hat zudem auch die Möglichkeit, bevor sie ihre Kontrolle vornimmt, jeden beliebigen Spezialisten zu konsultieren.

Je besser die Vorbereitung, desto gründlicher können sie die Kontrolle durchführen. Qemal sagt: „Wir müssen uns wirklich um ein hohes Niveau bemühen. Denn schließlich verlangt man von uns nicht nur, daß wir die Probleme auch richtig erkennen. Wir sollen ja auch Vorschläge zu ihrer Lösung entwickeln." Dazu gehört dann aber noch etwas anderes — und wichtigeres — als besondere fachliche Kenntnisse: nämlich daß die Mitglieder der Arbeiterkontrolle auch ein wirkliches Bewußtsein von der führenden Rolle ihrer Klasse haben. Gerade darauf, dieses Bewußtsein zu festigen und immer weiter zu entwickeln, legt die Partei den größten Wert. Denn nur ein solches entwickeltes Klassenbewußtsein wird es der Kontrolle und letztlich dcr gesamten Arbeiterklasse ermöglichen, sich gegen jeden Widerstand von feindlichen Strömungen wie Bürokratismus oder Liberalismus durchzusetzen.

Um ein solches Bewußtsein aber muß man kämpfen. Man darf nicht die Hände in den Schoß legen und darauf warten, daß es von selbst kommt. Die Genossen von Durres erwähnen als Beispiel, daß es auch unter den Arbeitern eine Tendenz der Selbstzufriedenheit gäbe, eine Tendenz, sich mit dem Erreichten zu bescheiden und sich auf den engen Rahmen des Betriebes zurückzuziehen. Aber dieser Rahmen muß durchbrochen werden; schließlich ist die Arbeiterklasse nicht nur im Betrieb, sondern im gesamten gesellschaftlichen Leben die führende Kraft. Für die Arbeiter- und Bauernkontrolle heißt das eben, daß sie ihre Tätigkeit auf alle Bereiche ausweitet.

So hatte die Gruppe von Qemal gerade eine Kontrolle an mehreren Schulen durchgeführt. „Es waren Dorfschulen und wir sind immer schon ganz früh dort erschienen, um als erstes schon mal einen Eindruck von der Disziplin zu bekommen, um zu sehen, ob der Unterricht auch pünktlich anfängt." Dann haben sich die Genossen in die Schulbänke gezwängt und den Unterricht verfolgt. „Es war natürlich nicht so leicht für uns, aus diesen Erfahrungen oder auch aus den Gesprächen, die wir mit Schülern und Lehrern geführt haben, den Unterricht korrekt zu beurteilen. Aber gerade hier hatten wir uns auch ganz besonders gut vorbereitet. Außerdem waren manchmal auch ganz einfache Fragen schon sehr aufschlußreich. Wir haben in einer Klasse die Schüler nach den letzten Fußballresultaten gefragt und dann nach den Produktionsergebnissen ihrer Genossenschaft. Bei der ersten Frage haben wir sofort die richtigen Antworten bekommen, bei der zweiten aber mußten viele Schüler passen. Ein deutliches Zeichen, daß hier der Unterricht nicht genügend mit den Problemen der Genossenschaft verbunden war."

Kontrolle im Staatsapparat

Auch auf den Staatsapparat erstreckt sich die Arbeiter- und Bauernkontrolle. Die Genossen von Durres hatten zum Beispiel Anfang des Jahres das Exekutivkomitee, die Verwaltung des Bezirks, unter die Lupe genommen und den gesamten Bereich des Wohnungsbaus überprüft. Als ich aus der Hafenstadt nach Tirana zurückgekehrt war, berichteten die Zeitungen über eine Kontrolle, die im dortigen Exekutivkomitee durchgeführt worden war. (Die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernkontrolle vollzieht sich nicht im geheimen, sondern ihre Ergebnisse werden sofort publiziert.) Und weil die Untersuchung in Tirana einer typisch albanischen Einrichtung galt, will ich auch darüber kurz berichten. Es ging nämlich um die Teilnahme der Mitarbeiter dieses Komitees an der produktiven Arbeit.

Für alle Angehörigen der Volksintelligenz gilt, daß sie für einen Monat im Jahr aufs Feld oder in die Fabrik gehen müssen, um dort an der Seite der Arbeiter oder Genossenschaftsbauern an der Produktion teilzunehmen. Eine ausgezeichnete Regelung, um die Kluft zwischen Kopf- und Handarbeit zu schließen und die verschiedenen Volksschichten noch enger zusammenzuschließen; eine Regelung aber auch, deren Durchführung, wie alles in Albanien, der Kontrolle durch die Arbeiterklasse unterliegt.

Die Gruppe, die ins Exekutivkomitee von Tirana gegangen war — so konnte man lesen — ist mit den Ergebnissen im großen und ganzen zufrieden gewesen. Natürlich gab es auch hier schwache Punkte. Da hatten manche Genossen den Produktionsmonat so lange vor sich hergeschoben, daß schließlich das Jahr um war. Andere wollten nicht im Winter, sondern nur zu den warmen Jahreszeiten in die Produktion gehen, und manche hatten sogar ein falsches Attest, das ihnen die körperliche Arbeit verbot. Das waren jedoch Ausnahmen. In der Regel hatten die Mitarbeiter des Komitees ihre Produktionstätigkeit mit Schwung und Freude angepackt.

Und was die Ausnahmen angeht, oder auch all die anderen schwachen Punkte, von denen mir die vier Genossen in Durres berichteten: Die Albaner denken nicht im Traum daran, ihr Fehler zu vertuschen. Im Gegenteil, sie decken ihre Schwächen in aller Öffentlichkeit auf und machen sich daran, sie zu beseitigen. Und dafür haben sie eben — unter anderem — ihre Arbeiter- und Bauernkontrolle.



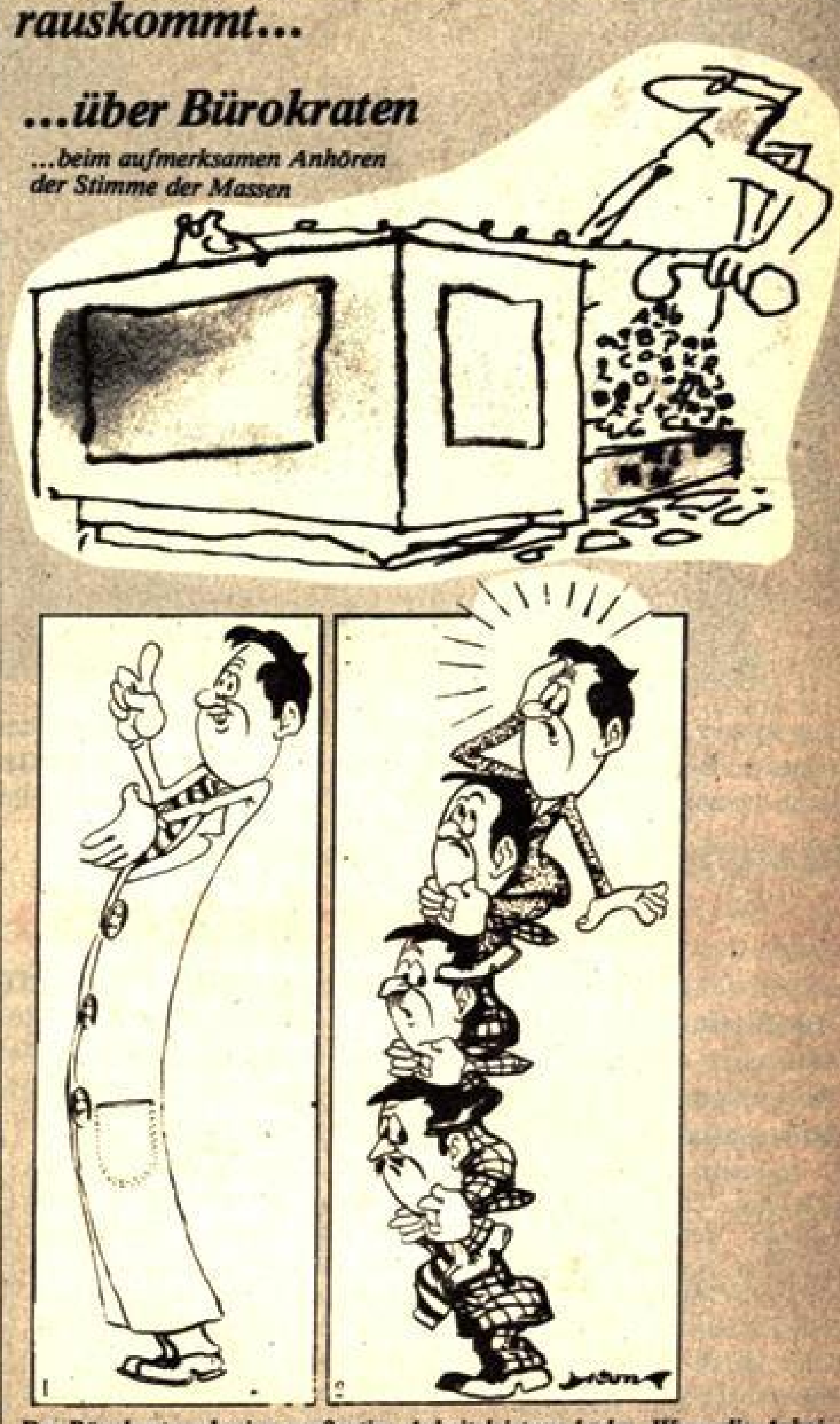
„Die Arbeiterklasse ist nicht nur im Betrieb, sondern im gesamten gesellschaftlichen Leben die führende Kraft. Für die Arbeiter- und Bauernkontrolle heißt das eben, daß sie ihre Tätigkeit auf alle Bereiche ausweitet." — Das Bild zeigt eine Brigadeversammlung im Enver-Werk.

In der nächsten Ausgabe lesen Sie eine Reportage über eine Initiative der Partizani-Schule in Tirana.

Was bei Arbeiterkontrollen so alles rauskommt...

...über Bürokraten

...beim aufmerksamen Anhören der Stimme der Massen



Der Bürokrat und seine großartige Arbeitsleistung [oder: Wenn die Arbeiterkontrolle den Mantel lüftet...]

...und die Arbeitsaufteilung in manchen Fabriken

Der Vertreter der Arbeiterkontrollgruppe: „Wirst Du wohl gefälligst die Waage nicht mehr belasten...!"

...und wie manche Funktionäre die Aufgaben der Arbeiterkontrolle [nicht] erfüllen



„Untertänigsten Dank für Eure große Hilfe. Wir werden die Aufgaben, die Ihr uns gestellt habt, umgehend erfüllen..."

Alle Karikaturen aus „Hosteni", satirische albanische Zeitschrift



Hier schlug der abstürzende „Harrier" ein. Er beschädigte mit der rechten Tragfläche das Haus rechts im Bild schwer, verlor das Bugrad (das sich links in die Garage eines im Bild nicht sichtbaren Hauses bohrte) und zerstörte dann das Forsthaus im Hintergrund links.

Absturz zweier Militärmaschinen

Die Tiefflüge gefährden die Bevölkerung

Proteste gegen Fluglärm

Am 18. Juli — genau einen Monat nach dem Phantom-Absturz bei Detmold, der sieben Menschen das Leben kostete — kam es bei Iserlohn und Gießen wieder zu Abstürzen von Düsenjägern. Daß es dabei — außer dem Piloten der einen Unglücksmaschine — keine Todesopfer gab, ist nur dem Zufall zu verdanken.

In beiden Fällen handelte es sich um britische Militärmaschinen. Bei Iserlohn konnte der Pilot seine Maschine gerade noch über Wohnhäuser hinwegziehen, ehe er sich mit dem Schleudersitz rettete. Der Düsenjäger vom Typ „Jaguar" zerschellte auf einem Acker.

Folgenschwerer war das Unglück bei Gießen. Hier raste der abstürzende Düsenjäger — ein Senkrechtstarter vom Typ „Harrier" — in den Ortsteil Wismar. Die Maschine riß die Wand eines Hauses auf, zertrümmerte ein gerade unbewohntes Forsthaus und explodierte dann auf einer Wiese hinter den Häusern. Die Wrackteile wurden in einem Umkreis von 150 Metern verstreut. Der Pilot starb in den Trümmern.

Wie schon bei dem Phantom-Absturz scheint auch im Falle Wismar das rücksichtslose Verhalten der Düsenjägerpiloten unmittelbare Unglücksursache zu sein. An dem Unglück waren insgesamt drei Düsenjäger beteiligt. Augenzeugen berichteten, daß sie im Tiefflug über den Ort hinweggedonnert waren und dabei waghalsige Aktionen vollführt hatten. Dabei streiften sich vermutlich zwei Maschinen. Wie offizielle Stellen bestätigten, wies eine der beiden anderen Harriers bei ihrer späteren Landung in Gütersloh Beschädigungen auf.

Noch Stunden nach dem Unglück waren die Identität des Piloten und des Düsenjägers nicht geklärt. Unklar blieb zunächst ebenfalls, ob das Unglücksflugzeug scharfe Munition an Bord hatte — ein Umstand, der — wie schon im Falle des Phantom-Absturzes — wieder die Bergungsarbeiten behinderte.

Die beiden Düsenjägerabstürze sind ein weiteres drastisches Beispiel für die Bedrohung der Bevölkerung durch die Luftflotten der einheimischen und ausländischen Militärs. Durch Tiefflüge und rücksichtslose Flugmanöver werden die Menschen nicht nur einer zunehmenden Lärmbelästigung ausgesetzt; es wird auch ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit, ihre Existenz gefährdet.

Die Bevölkerung ist allerdings immer weniger bereit, die Schikanen kampflos hinzunehmen. Besonders im Südwesten der Bundesrepublik häufen sich die Proteste. Sie haben mittlerweile nach offiziellen Angaben die „größten Ausmaße seit Existenz der NATO" erreicht. Nach Schätzungen von Luftwaffenexperten in Trier erhielten die NATO-Geschwaderleitungen in diesem Raum und das Verteidigungsministerium in Bonn seit Beginn dieses Sommerhalbjahres monatlich Hunderte von Protestschreiben gegen den Tieffluglärm (siehe auch Volkskorrespondenz Seite 8).

12 Prozent ohne Kanalisation

Nach Angaben des Landwirtschaftsministers Ertl gibt es in der Bundesrepublik noch immer kein vollständiges Abwässernetz. 7,4 Millionen Menschen — das sind 12 Prozent der Bevölkerung — leben in Häusern ohne Kanalisation. Ein bezeichnendes Detail aus der kapitalistischen Wirklichkeit des bundesrepublikanischen „Sozialstaats".

Im Tiefflug über KKW Ohu

Im Tiefflug donnerte am Montag vergangener Woche ein Phantom-Jäger der Bundeswehr über das Kernkraftwerk Ohu hinweg. Der Düsenjäger durchbrach dabei die Schallgrenze. In einem Werkstattgebäude des Kernkraftwerks zerbrachen Fensterscheiben.

Das Manöver des Düsenflugzeugs bedeutet das Spiel mit einer Katastrophe. Ein Absturz auf das Kernkraftwerk hätte verheerende Folgen gehabt. Nach Mitteilung des Umweltministeriums ist der Sicherheitsfaktor des Atomkraftwerks zwar auf den Absturz eines Starfighters ausgelegt, nicht aber auf den einer Phantom.

Die Verantwortlichen suchten den Vorfall herunterzuspielen und das Verhalten der Piloten sogar noch zu verteidigen. So gab der Inspekteur der Luftwaffe der Bundeswehr an, es habe sich gar nicht um einen Tiefflug gehandelt. Und das Bonner Kriegsministerium ließ erklären: auch gegen die Flugroute könne nichts eingewendet werden. Die Vorschriften besagten lediglich, daß Atomanlagen nicht im Tiefflug überflogen werden dürften. Für größere Flughöhen bestünde kein Verbot.

Tankerunglück vor Tobago

Ölkatastrophe unter der Billigflagge

Vor der Karibikinsel Tobago stießen am vergangenen Samstag der Riesentanker „Atlantik Empress" und „Aegean Captain" zusammen. Mindestens 27 Seeleute kamen ums Leben. Die Ölladung der Schiffe — insgesamt 500 Millionen Liter — lief zum größten Teil ins Meer. Tobago ist von einer Ölpest riesigen Ausmaßes bedroht.

Das Tankerunglück in der Karibik ist die bisher größte Ölkatastrophe. Zum Vergleich: Aus dem Tanker „Amoco Cadiz", der im März 1978 vor der bretonischen Küste strandete, ergossen sich 230 Millionen Liter Rohöl ins Meer. Aus dem Bohrloch im Golf von Mexico, das Anfang Juni dieses Jahres außer Kontrolle geriet, flossen bisher rund 150 Millionen Liter.

Erschreckende Superlative! Immer verheerender werden die Ölkatastrophen, immer dichter folgen sie aufeinander! Die Verschmutzung der Weltmeere mit Öl hat bereits ungeheuerliche Ausmaße angenommen.

Bei den Öl- und Tankerkatastrophen ist deutlicher als anderswo das Profitstreben der Reedereibesitzer und Tankerkönige als die wahre Ursache erkennbar. Entsprechend ihrer kapitalistischen Geschäftslogik suchen sie mit einem Minimum an Kapitaleinsatz ein Maximum an Profit herauszuschlagen. Dies hat dann oft katastrophale Folgen.

Die Supertanker, die Millionen von Litern Öl transportieren, sind billiger gebaut, eiliger zusammengenietet und leichter leckzuschlagen als alle anderen Hochseeschiffe. Die Schiffswand ist äußerst dünn, nur drei bis fünf Zentimeter stark. Die meisten Tanker haben nur eine einzige Antriebsmaschine; wenn sie ausfällt, ist das Riesenschiff manövrierunfähig.

Zudem fahren viele dieser Tanker unter sogenannten Billigflaggen. Staaten wie Panama, Zypern, Liberia, Griechenland oder Süd-Korea bieten den Reedern beträchtliche finanzielle Vorteile. Sie ermöglichen ihnen, die sonst relativ strengen Steuer-, Lohn- und Sicherheitsvorschriften zu umgehen und so auf Kosten der Mannschaft und der Sicherheit zusätzliche Profite zu machen. — Es ist nur zu verständlich, daß die weitaus meisten Tankerunfälle mit solchen Schiffen passieren. Auch die beiden an der Katastrophe von Tobago beteiligten Tanker „Atlantik Empress" und „Aegean Captain" fuhren unter der liberianischen Billigflagge.

Poullain kassiert wieder

Nach einem Gerichtsspruch erhält der ehemalige Bankier Poullain unabhängig von seinem Pensionsanspruch fünf Jahre lang ein Ruhegehalt von jährlich 420 000 Mark. Poullain hatte Ende 1977 wegen trüber Geschäfte seinen Platz als Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank räumen müssen. Unter anderem hatte er von einem Finanzmakler 1,1 Millionen Mark „Beraterhonorar" kassiert. Wer hat, dem wird gegeben!



Operation Walküre

Aus Anlaß des 35. Jahrestages des mißglückten Attentates auf Hitler durch den Oberst Graf Stauffenberg, wurde in der ARD der zweiteilige Fernsehfilm „Operation Walküre" wiederholt. Nach eigenem Anspruch sollte hier Aufklärungsarbeit geleistet werden. Der Fernsehfilm reiht sich in die Front derer ein, die uns weismachen wollen, daß der Widerstand des 20. Juli der einzig wirkliche Kampf gegen Hitler gewesen sei, der die Ehre des deutschen Volkes vor der Weltöffentlichkeit gerettet habe. Abgesehen davon, daß es sich dabei um faustdicke Lügen und Geschichtsfälschung handelt, so ist sehr zu bezweifeln, daß der Widerstand der Offiziere im Interesse des Volkes gewesen wäre. Bekanntlich entstanden im Offizierskorps seit 1942 Ideen, eine Separatfrieden mit den Westmächten zu schließen, um mit der „vereinigten westlichen Streitmacht gen Osten" zu ziehen. Das ist die Politik, die nach dem Krieg im militanten Revanchismus der Adenauer/Strauß-Regierung ihren Ausdruck fand. Ein geglücktes Attentat hätte zwar einen Verbrecher beiseite geschafft, dem das Volk keine Träne nachgeweint hätte; die Folge aber wäre eine Militärregierung gewesen, die den mörderischen Krieg gegen die Sowjetunion Stalins mit aller Kraft fortgeführt hätte.

Eine besondere Provokation war die Mitwirkung von J.C. Fest, der unter dem Vorwand der objektiven Dokumentation Kriegsverbrecher wie Generalleutnant Heusinger (stellvertretender Generalstabschef unter Hitler, Generalinspekteur unter Adenauer) oder den ehemaligen Reichsminister Speer aufmarschieren ließ.

Solange beim Stichwort „Widerstand" im Fernsehen noch verantwortliche Nazi-Größen zu Wort kommen, der wirkliche Widerstand aus dem Volk aber totgeschwiegen wird, kann von einer wirklichen Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit, vor allem der Jugend, keine Rede sein.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... **Datum:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 60,—** ○ halbjährlich **DM 30,—**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.
6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo 15.00-18.30, Di-Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30—18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr
7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: DiDo 17-19, Sa 9-13 Uhr.
7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: MoMi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
2400 **Lübeck**, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickedestraße 19, Tel.: 0451/47 38 70
6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: MoFr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.
8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: MoFr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107 Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen" Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. 8 u. Sa 10-13 Uhr.